

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 28. März 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Handbemerkungen

**W**enn man der ersten Abnahme der Arbeitslosenziffern aus den letzten 14 Tagen trauen darf, so beginnt sich allmählich im Arbeitsmarkt die Situation etwas besser zu gestalten. Anzeichen für einen einwandfreien wirtschaftlichen Aufstieg sind indessen in keinem Industriezweig zu vermerken. Es bleibt die Hoffnung, daß mit der einsetzenden Frühjahrsaison das Baugewerbe in stärkerem Maße wieder in Anspruch genommen wird und so der Arbeitsmarkt erhebliche Entlastungen erfährt.

In dieser schweren Zeit der Not haben die Gewerkschaften mit allen Kräften ihre Abwehrfront ausgerichtet. Zwar gelang es nicht, den Lohnabbau auf der ganzen Linie zurückzuweisen. Er ist, wenn man noch einige Arbeitszeitverkürzungen in Anrechnung setzt, zwischen 5 und 15 Proz. des Einkommens weiter Arbeitnehmerschichten abgebaut. Die Verminderung des Einkommens würde aber ganz sicher das Doppelte und mehr betragen, wenn nicht die Gewerkschaften die starke Abwehrmauer ausgerichtet hätten. Das weiß jeder Vertrauensmann, ja jedes selbstbewußte Mitglied unserer Organisation. Aber viele Unorganisierte wissen es nicht, und darum gilt es in diesen Frühjahrs-tagen, erneut Aufklärung zu schaffen und von Mund zu Mund planmäßig die Werbearbeit aufzunehmen und das ungeheure Heer der Unorganisierten zu mindern. Der Einfluß der Gewerkschaften wächst mit dem Grad ihrer Stärke. Es ist kein Zufall, daß es in den meisten öffentlichen Betrieben gelungen ist, die Position einigermaßen zu halten dank der Stärke unserer Organisation.

Inzwischen hat der Reichstag auch den Wehretat hinter sich. Trotz allen Gezeters der Kommunisten und trotz des ungeheueren Ingrimm der Nationalsozialisten, denen durch die Haltung der Sozialdemokraten die Felle weggeschwommen sind, erscheint uns in gegenwärtigem Augenblick die Taktik der Sozialdemokratie im Parlament durchaus richtig. Sie hatte zu wählen zwischen dem kleineren Uebel der Stimmenthaltung zum Panzerkreuzerneubau, gegen den sie eine grundsätzliche Erklärung abgab, und einer Ablehnung, die unbedingt den Wiedereinzug der Nationalsozialisten mit Triumphgeheul der Hugenbergianer im Gefolge gehabt hätte. Den Luxus einer solchen kurzfristigen Momentpolitik kann sich die Sozialdemokratie, können sich auch die Gewerkschaften nicht leisten; dazu steht zuviel auf dem Spiel. Wir erwarten von allen unseren Mitgliedern, daß sie sich nicht einseitig informieren lassen durch Verantwortungslose, sondern daß sie sich selbst ein Urteil bilden über die Schwierigkeit der politischen Situation. Dann werden sie ganz sicher mit uns zum gleichen Resultat kommen.

Es ist auch ein klein wenig pikant, daß die letzte Nummer des „Roten Sterns“ (Bilderbeilage der „Roten Fahne“), das gewaltigste Kriegsschiff der Sowjetmarine“ abbildet mit drei riesigen Langrohrgeschützen. Nimmt man auch noch die feierliche Aufnahme der größten Scharfmacher Deutschlands in Moskau hinzu und endlich die Komödie im Menschewisten-Prozess, so hat der aufmerksame Leser der politischen Tageszeitungen Stoff genug, um

darüber nachzudenken, wie stark die linksradikalen Arbeiter in Deutschland genasführt werden.

Aber auch die Nazis muten ihren Anhängern allerhand zu. In München ist ein Millionenpalast „Das braune Haus“ für die Führer der Nationalsozialisten erbaut worden, dessen innere Ausstattung streng klassenmäßig, und zwar nach dem Vierklassensystem erfolgte. Hitler hat sich in letzter Zeit überhaupt recht eigenartig ausgelassen. Nach den zahlreichen amtlichen und gerichtlichen Feststellungen über die Verurteilung von Nationalsozialisten als Hehler, Diebe, Einbrecher, Kuppler und Betrüger hat er einen Ukas erlassen, worin er ausdrücklich erklärt, daß „seine Partei keine moralische Anstalt, sondern ein Verband rauher Kämpfer“ sei, und bei weiteren Anzeigen über solche moralische Unzulänglichkeiten der Hitler-Führer werde er die Anzeiger zur Verantwortung ziehen und den Ausschluß aus der Bewegung beantragen.

Inzwischen bereitet der Stahlhelm ein „Volksbegehren“ vor, um den Preussischen Landtag vorzeitig aufzulösen. Wir halten den Erfolg dieses Unternehmens für ganz unwahrscheinlich, möchten aber trotzdem an alle unsere Mitglieder die Mahnung richten, auch politisch aufklärend in ihren Kreisen zu wirken, damit niemand aus den Kreisen der Arbeitnehmer auf die Parole des Stahlhelms hineinfällt. Zum Glück hat sich die Reaktion in den letzten Monaten soweit selbst entlarvt, daß es nicht mehr schwer ist, das „Dritte Reich“ zu durchschauen und auch die damit verbundenen Stahlhelm- und Hugenberg-Leute abzutun.

In der politischen Arena ist der Haß von ganz rechts und links gegenwärtig so groß, daß die Mordtaten mit gegenseitigem Beschulden kein Ende nehmen wollen. Ohne Zweifel hat die wüste und aufpeitschende Hege des Nationalsozialismus die Kommunisten vielfach bestimmt, zu Gegenschlägen auszuholen; denn es muß um der Gerechtigkeit halber festgestellt werden, daß vor dem Auftreten der Hitler-Bande die politischen Morde nicht entfernt eine solche Rolle spielten in Deutschland wie heute. Wir glauben daher, daß auch die Reichsregierung in diesen Dingen etwas tun muß, und mit Recht weist die ADBZ. in einem Leitartikel darauf hin, daß vor allen Dingen die Beamten, soweit sie hemmungslos zum Revolver greifen und politische Mordanschläge vollführen, unbedingt-entfernt werden müssen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die geistigen Urheber solcher Vergehen oftmals höhere Beamte sind. Hier muß unbedingt von Regierung und Reichstag baldmöglichst Wandel geschaffen werden.

So bleibt für den besinnlichen Gewerkschaftler in der heutigen unruhigen Zeit nur die Schlussfolgerung: Es gilt standzuhalten, die Organisation auszubauen und allen Feinden der Republik und der Demokratie mit Energie zu begegnen. Wir haben manches Terrain verloren; es kann aber noch viel mehr verloren werden! Dies zu verhindern ist Aufgabe der Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften!

E. D.

## Hermann Müller †

Genosse Hermann Müller, der langjährige Vorsitzende der SPD, ist am 20. März 1931, noch nicht 55 Jahre alt, einem schweren Gallenleiden erlegen.

Hermann Müller gehörte zu den Persönlichkeiten in der deutschen Sozialdemokratie, die sich schon in den jungen Jahren zum Arbeiterführer aufschwangen. Am 18. Mai 1876 geboren, besuchte er das Gymnasium und wurde später Handlungsgehilfe. Schon in dieser Zeit trat er der Sozialdemokratischen Partei bei und nahm in Breslau lebhaften Anteil an den Auseinandersetzungen, die damals die Sozialdemokratische Partei in der Frage des Revisionismus oder Radikalismus bewegten. Als 23jähriger wurde er Redakteur der „Görlitzer Volkszeitung“. Hier beschäftigte er sich insbesondere mit Kommunalpolitik und wurde Stadtverordneter in Görlitz. Das reiche Wissen und die große Sachlichkeit, die den jungen Müller auszeichneten, machten auch den Parteivorstand auf ihn aufmerksam. Als im Jahre 1906 der Parteivorstand um ein Mitglied erweitert werden mußte, war es kein Geringerer als Paul Singer, der den 30jährigen Hermann Müller dem Parteitag zur Wahl als Parteisekretär empfahl. — In den letzten Julitagen des Jahres 1914 wurde Müller vom Parteivorstand eine besonders schwere Aufgabe gestellt. Er wurde nach Paris gesandt, um mit der französischen Sozialdemokratie eine Einigung darüber herbeizuführen, wie sich beide Parteien während des ernst drohenden Krieges verhalten sollten. Die Würfel fielen aber noch schneller als man geglaubt. Müller mußte unverrichteter Sache nach Deutschland zurückkehren, und mit Mühe gelang es ihm trotz des schon ausgebrochenen Krieges noch über die Grenze zu kommen.

Im Jahre 1916 wählte ihn der damalige Reichstagswahlkreis Reichenbach-Neurode in Schlesien in den Reichstag, später wurde er im fränkischen Wahlkreis (Münchberg) aufgestellt.



Müller gehörte dem Reichstag bis zu seinem Tode an. Als infolge der Staatsumwälzung im November 1918 die damaligen Führer der Partei, Ebert und Scheidemann, in den Rat der Volksbeauftragten berufen wurden, wurde Hermann Müller Parteivorsitzender. Bald sollte er aber auch in die Reichsregierung eintreten. Das fürchterliche Friedensdiktat von Versailles führte den Sturz der Regierung Scheidemann herbei, und in der neugebildeten Regierung Bauer wurde Hermann Müller das Amt des Reichsministers des Äußern übertragen. Als solcher fiel ihm die schwere Aufgabe zu, das Friedensdiktat zu unterzeichnen. Nach dem Kapp-Putsch wurde Müller infolge Rücktritts der Regierung Bauer Reichskanzler. — Nach den Reichstagswahlen vom 6. Juli 1920 erfolgte eine neue Umbildung der Reichsregierung. Hermann Müller trat von seinem Reichskanzlerposten zurück und wurde wieder der Vorsitzende der SPD. Das Jahr 1922 brachte dann die längst herbeigesehnte Einigung zwischen SPD und USPD. An diesem Einigungswerk hat Hermann Müller hervorragend mitgewirkt. Noch ein zweites Mal wurde Hermann Müller in die

Reichsregierung berufen. Nach den Wahlen am 20. Mai 1928, die der Sozialdemokratie einen starken Sieg brachten, wurde Müller abermals Reichskanzler. Die erfolgreiche Außenpolitik, die Müller im Verein mit Stresemann führte und die sogar die Deutschnationalen anerkennen mußten, brachte dem Deutschen Reich die Rheinlandbefreiung und durch Annahme des Young-Planes eine starke Verminderung der Reparationen, die auf Deutschland infolge des Dawes-Planes lasteten. Müllers kluge Führerschaft hat die deutsche Arbeiterbewegung durch die schwersten Gefahren immer wieder hindurchgebracht. In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der gesamten Arbeiterbewegung wird ihm stets ein Ehrenplatz bewahrt bleiben.

## Reichskonferenz unserer Fachgruppe Gärtnerei, Park, Friedhof

In unserem Ferienheim in Kochel fand am 13. und 14. März 1931 die erste Reichskonferenz der Fachgruppe Gärtnerei, Park, Friedhof statt. Es waren sozusagen dieselben Kollegen, die vor reichlich Jahresfrist den Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter bildeten, und doch war es nicht das gleiche. Aus den etwa 11 000 Mitgliedern im Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter und den nahezu 12 000 im früheren Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist nun die städtische Fachgruppe Gärtnerei, Park, Friedhof zusammengewachsen mit insgesamt 25 000 Mitgliedern. 50 Delegierte sowie die Sachbearbeiter aus den Wirtschaftsbezirken, Vertreter des Verbandsvorstandes und auswärtige Gäste aus Oesterreich und der Schweiz bildeten nun das Gruppenparlament.

Nach der Eröffnung durch den Fachgruppenvorsitzenden, Kollegen Busch, gab Kollege Erhart, München, ein anschauliches Bild über die Entwicklung des Ferienheims Kochel, das während der Saison im verfloßenen Jahre stets überbesetzt war. Dabei waren 94 Proz. der Besucher Kollegen, die im Arbeitsverhältnis stehen; aber die Wirkung des Heims ist weit über unseren Verbandsrahmen hinausgewachsen. Die Ortsgruppe der Nationalsozialisten konnte durch uns zersprengt werden. Wir haben einen ansehnlichen Einfluß mit unserer Kulturstätte in Kochel durchsetzen können. Das Ferienheim Kochel ist mit weitgehender Unterstützung des Verbandsvorstandes geschaffen worden. Andererseits sind auch drei Viertel aller Ferienheimbesucher Nicht-Münchener. Insbesondere ist Berlin sehr stark beteiligt gewesen am Besuch. Mit dem „Herzlich-Willkommen“ verbindet der Redner den Wunsch, die wunderbare Natur in der Umgebung Kochels in den wenigen freien Stunden zu nutzen.

Für den Verbandsvorstand und die Reichsabteilung A begrüßt Kollege Polenske die Konferenz. Gegenwärtig leiden wir außerordentlich schwer. Manche haben sogar von einem Zusammenbruch der Gewerkschaften gesprochen. In Wirklichkeit ist das, was

wir nachgeben mußten, nur ein kleiner Bruchteil dessen, was wir verloren hätten ohne die starke Abwehrorganisation unseres Gesamt-Verbandes. Wir werden mit aller Macht dem Ansturm des Kapitals auch weiterhin Widerstand leisten bis zu dem Zeitpunkt, da wir wieder zum Angriff vorgehen können. In Berlin gelang es uns gerade in diesen Tagen, dem Verlangen des Berliner Magistrats, 75 Proz. aller Kollegen der Parkverwaltung abzubauen, zu weigern. Es waren 1800 Kollegen gekündigt. Unsere Organisation hat erreicht, daß die Kündigungen zurückgezogen wurden.

Niemals zuvor ist der Widerspruch zwischen den Notwendigkeiten des Lebens für die Menschlichkeit und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so offenkundig in Erscheinung getreten wie heute. Auf der einen Seite ungeheurer Ueberfluß an Nahrungs- und Produktionsmitteln, andererseits Entbehrungen und Arbeitslosigkeit. Der Widerspruch und die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung treten immer stärker in Erscheinung. Es gilt daher, für weitest gehende Aufklärung zu sorgen.

In herzlicher Weise begrüßten dann die Kollegen Rieder, Oesterreich, und Heß, Schweiz, die Reichskonferenz. — Dann gab Kollege Busch eine mündliche Ergänzung zu dem ausführlichen Geschäftsbericht, der allen Delegierten vorher zugegangen war. Er weist u. a. darauf hin, daß durch die Einverleibung der besonderen Zeitung in den „Öffentlichen Dienst“ es möglich geworden ist, an alle Kollegen der Fachgruppe heranzukommen. Er weist auch auf die trefflichen Ausführungen unseres Kollegen Müntner in Kiel hin, soweit sie den Zusammenschluß angehen und soweit insbesondere die Wahrnehmung der Eigenart einzelner Gruppen von ihm betont worden ist. Zusammenfassend kommt er zu dem Resultat, daß wir heute klar erkennen können, daß der Zusammenschluß damals das einzige Richtige war. Dabei wußte man Ende 1929 noch nicht einmal, wie schwierig sich finanziell und wirtschaftlich die Lage gestalten würde in heutiger Zeit.

In den Privatbetrieben sind 50 bis 60 Proz. Arbeitslose. Die Großorganisation vermag durch ihre Unterstützungseinrichtungen eine wesentliche Linderung herbeizuführen. Auch unser Einfluß gegenüber den Behörden und Körperschaften ist unvergleichlich stärker geworden. Es gilt auch weiterhin mitzuarbeiten für die Fachgruppe und für den Gesamt-Verband. — Ueber die umfangreiche Aussprache zu diesem Punkte wird im „Öffentlichen Dienst“ berichtet. Wir wollen nur darauf hinweisen,

daß Kollege Thull, Berlin, einige Bedenken äußerte über die ungenügende Werbung des jungen Nachwuchses, insbesondere in den gewerblichen Gärtnereien. Ebenso seien manche Angestellte in ihrer Allgemeinarbeit überlastet, so daß diese sich der Fachgruppe nicht genügend widmen konnten. Dem traten jedoch zahlreiche Kollegen aus den verschiedensten Wirtschaftsbezirken entgegen, wobei der Kollege Schaum, Berlin, bedauerte, daß man erst nach Kohef habe fahren müssen, um die Schmerzen der Berliner zu erfahren, während an Ort und Stelle keinerlei Wünsche oder Beschwerden laut geworden seien. Nach dem Schlußwort des Kollegen Busch wurden eine Anzahl Anträge der Fachgruppenleitung als Material überwiesen. Eine Entscheidung gegen die Gärtnerkrankenkasse wurde einstimmig angenommen. — Es folgt dann ein großzügiges Referat des Kollegen Polenske über den „Aufbau des Gesamt-Verbandes“. Wir werden gelegentlich darauf zurückkommen. Dann berichtete Kollege Lehmann über „Die gärtnerische Berufsausbildung“. Der Redner konnte mit reichhaltigem Zahlenmaterial an Hand der Statistik nachweisen, daß nach der Berufszählung von 1925 nur 17 Proz. der Lehrlinge die Fortbildungsschule besuchen. Dabei ist die Zahl der Lehrlinge in den Betrieben ersreckend groß. Die Ausbildung aber läßt noch viel zu wünschen übrig. In einer besonderen Entscheidung hierzu wird dringend eine gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens gefordert. Die Eingliederung in das geplante Berufsausbildungs-gesetz für die Landwirtschaft wird abgelehnt. Es sollen mehr hochstehende und leistungsfähige gärtnerische Berufsschulen eingerichtet werden. Die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen sind ungenügend und müssen daher abgelehnt werden. Es sollen besondere Lehrgänge für gärtnerische Berufsschullehrer unter Zulassung von Praktikern angestrebt werden. — Auch zu diesem Punkt entwickelte sich eine rege Diskussion in ergänzendem Sinne.

Ueber den „Kampf gegen die öffentlichen Gärtnereien“ gab Kollege Meißner, Frankfurt a. M., eine ausführliche Uebersicht. Der Kampf des manchesterlichen Liberalismus gegen die öffentliche Wirtschaft ist zwar sehr alt. Heute hat er leider wieder besondere Bedeutung bekommen. Grüngürtel- und Grünflächenpolitik sind in den Großstädten sehr schwer durchzuführen. Gewiß haben Frankfurt a. M. und Köln auf diesem Gebiete Vorbildliches geleistet. Andererseits arbeitet die gesamte Privatwirtschaft unter Führung der Hausbesitzer planmäßig gegen diese gesunde Wohnungs- und Siedlungspolitik. Dabei geben die Kommunen den Privatunternehmern pro Jahr etwa neun Milliarden Mark für Aufträge aller Art. Aber das Unter-

nehmertum möchte den ganzen Profit für sich allein in Anspruch nehmen. Die Arbeiterschaft aber muß für die öffentliche Wirtschaft eintreten. Erstens, weil sie uns näher liegt im Sinne unserer programmatischen Ziele. Zweitens, weil eine Kontrolle in der Preisgestaltung möglich ist, und drittens, weil Arbeiter und Angestellte in öffentlichen Betrieben ihre soziale Lohngestaltung verlieren würden, wenn sie der Privatwirtschaft anheimfielen. Freilich bildet die „grüne Front“ nur einen Teilkampf-

abschnitt zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Die Grünflächen- und Siedlungspolitik der Nachkriegszeit hat es immerhin ermöglicht, daß Tausende von Notstandsarbeitern wieder Beschäftigung gefunden haben. — Auch hieran knüpft sich eine kurze Diskussion in zustimmendem Sinne, wobei gegen einen Antrag einmütig Stellung genommen wird, der ein Abrücken von der SPD. empfiehlt. — Hierauf gab Kollege Busch einen Ueberblick über die „Agitations- und Bildungsarbeit“, insbesondere, soweit sie sich auf die Fachgruppe bezieht. Es wird befürwortet, das „Gärtner-Fachblatt“ im Preise zu ermäßigen. Ferner soll die besondere Agitation durch örtliche Fach- und Jugendgruppen eingerichtet werden. Die Mitgliedschaft in den lokalen Fachvereinen des Reichsbundes geprüfter Obergärtner und in den Junggärtnergruppen erachtet die Konferenz als unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Gesamt-Verband. Aussprache und Abstimmung von Anträgen ergibt, daß alle Anträge über Erweiterung des Zeitungswezens einmütig abgelehnt werden. Es folgte ein Referat des Kollegen Bernotat über den „Kampf um den Tarifvertrag“. Der Redner schilderte eindringlich die Schwierigkeiten, um in der Erwerbsgärtnerei den Achtstundentag tariflich durchzusetzen. Für die öffentlichen Betriebe hat die Macht der Organisation ausschlaggebend gewirkt. In der gewerblichen Gärtnerei muß vor allen Dingen die Einbeziehung der Sonntagsarbeit in die allgemeine Arbeitszeit erstrebt werden. Aus taktischen und praktischen Gründen werden wir bei unseren Tarifabschlüssen zeitweilig mit den christlichen Gewerkschaftsgruppen zusammen-

## Gewerkschaftler Augen auf!

Zu den kommenden Betriebsratswahlen ist es nötig, das Augenmerk auf das Sündenregister derjenigen „Partei“ zu richten, die sich „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ nennt, und in diesem Jahre alles daran setzt, um in den Betrieben festen Fuß zu fassen. Durch speziell zu diesem Zwecke ausgebildete Funktionäre wird mit allen Finessen und Verleumdungen versucht, durch die Betriebsratswahlen Einfluß auf die Betriebe zu bekommen, um die verhassten Gewerkschaften zu unterhöhlen. Daß die ganze Hitler-Partei vom Unternehmertum ausgehalten wird, ist bekannt; als Gegenleistung wird von diesem die Zerschlagung der ihm verhassten Gewerkschaften verlangt, wie wir schon in Nr. 11 „Gew.“ gezeigt haben. Wenn die kleinen Klätter dieser Partei innerhalb der Betriebe und unserer Kollegenschaft immer wieder ihre friedliebende Gesinnung gegenüber den Gewerkschaften hervorheben, so ist ihnen stets das Benehmen und die Einstellung ihrer prominenten — Führer entgegenzuhalten.

Die Mitteilungsblätter der NSDAP, Ortsgruppe Köln, vom 1. Januar 1930 verraten den wahren Zweck ihrer Betriebszellen, indem sie schreiben:

„Die NS.-Betriebszellen-Organisation ist eine neue Waffe für unsere Idee, an uns wird es liegen, sie entscheidend einzusetzen. . . . Es ist Pflicht der Parteigenossen, die neue Waffe zu unterstützen. . . . Aus den ehemals roten Bataillonen soll die braune Freiheitsarmee des Dritten Reiches entstehen.“

Wie die Nazis die Gewerkschaften mißbrauchen wollen, schreibt Dr. Krebs, Führer der Sudeten-Deutschen NSDAP, in „Nationalistische Briefe“ 1930, Nr. 10:

„Wir haben keine sozialen Reformen durchzuführen, weder Häuser zu bauen noch Volksspeisungen einzurichten. Unser soziales Examen haben wir nach der Machtergreifung abzulegen. . . . Soweit wir zur Führung unseres staatspolitischen Kampfes gewerkschaftlicher Etappenunterstützung bedürfen, müssen wir versuchen, mit den christlich-nationalen Gewerkschaften und dem DHV. zu einem modus vivendi zu kommen.“

Wie es im Dritten Reich mit dem Lohnabbau aussieht, verrät das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ vom 9. Januar 1931, indem es schreibt:

„Wir (Nationalsozialisten) erklären uns gegen jeden Lohnabbau, der unter dem heutigen System eingeführt wird. Wir bauen die Löhne erst im Dritten Reich ab und dafür dann um so gründlicher.“

**Deshalb, Kollegen, die Augen auf!  
Seht ihnen aufs Maul und gebt ihnen die richtige Antwort!**

gehen. Für die Landschaftsgärtner ist ein Reichstarif anzustreben. — Die etwas reichhaltige Tagesordnung brachte am Schluß noch einen Vortrag des Kollegen Lehmann über den „Stand der gärtnerischen Rechtsfrage.“ Er wies darauf hin, daß sich die Situation in den letzten Jahren zwar nicht wesentlich geändert hat. Es muß aber versucht werden, das uns günstige Reichsarbeitsgerichtsurteil vom 3. Oktober 1928 für die Praxis weiter zum Durchbruch zu verhelfen. Es werden dann die Kollegen Busch, Löcher und Lehmann wieder einstimmig als Reichsfachgruppenleitung bestimmt und hierzu weitere fünfzehn Kollegen aus den verschiedenen Bezirken der Reichsfachgruppe zugeteilt.

Mit den Schlußansprachen der Kollegen Polenske und Busch endete die überaus arbeitsreiche Tagung, deren Geist und Wille eingestellt war auf die gemeinsame Linie: Kampf gegen die Mißstände auf der ganzen Front, Unterstützung in der Agitation der Privatbetriebe durch die Berufskollegen der öffentlichen Betriebe.

## Der neue Kurs der sowjetrussischen Arbeiterpolitik

Der neue Kurs Sowjetrußlands in seiner Arbeiterpolitik bedeutet eine radikale Umwälzung des Arbeitsrechts im bolschewistischen Staate. Die sozialpolitische Reform ist — das sei gleich gesagt — zuungunsten der Werktätigen durchgeführt worden. Sie begann mit der Aufhebung einer der wichtigsten Errungenschaften der Sozialversicherung, nämlich der Erwerbslosenunterstützung. Am 11. Oktober 1930 brachte die amtliche Sowjetpresse eine Verordnung des Volkskommissariats für Arbeit vom 9. Oktober über „die Einstellung der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und die unverzügliche Entsendung von Arbeitslosen zur Arbeit“. Auf Grund dieser Verordnung haben die Versicherungskassen die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung eingestellt. Hervorzuheben ist die Forderung der Verordnung, daß Erwerbslose nicht nur für Arbeiten in ihrem Berufe zu verwenden sind, sondern auch für andere Arbeiten, die keine besondere Qualifikation verlangen. Keinerlei Gründe für die Ablehnung der zugewiesenen Arbeit außer Krankheit dürfen anerkannt werden. „Die Verweigerung der zugewiesenen Arbeit“, heißt es in der Verordnung, „muß die Streichung des Arbeiters aus den Listen der Arbeitsnachweise zur Folge haben“.

Die Behauptung der Sowjetorgane, daß die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung nur eine „natürliche Folge“ des Verschwindens der Arbeitslosigkeit sei, muß als nicht stichhaltig betrachtet werden. Denn fünf Tage vor der Bekanntmachung der Verordnung über die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung bezifferten die offiziellen „Iswestija“ die Zahl der Arbeitslosen mit 600 000. In Wirklichkeit war die Zahl der Erwerbslosen erheblich größer, da die offizielle Statistik nur die in den Arbeitsnachweisen registrierten Arbeitslosen anführte. Dazu kommen aber noch die Unregistrierten, Ausgesteuerten usw., die einen bedeutenden Prozentsatz der Erwerbslosen darstellen. Bei der Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung waren lediglich finanzpolitische Erwägungen ausschlaggebend.

Eine wesentliche Erweiterung erfährt der Zwangscharakter des neuen Kurses der sowjetrussischen Arbeiterpolitik durch das gemeinsame Rundschreiben des Volkskommissariats für Arbeit der Sowjetunion, des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Zentralrats der Gewerkschaften. Darin heißt es u. a., daß „Personen, die ihre Arbeitsstelle freiwillig verlassen haben oder wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin oder der Betriebsordnung entlassen worden sind, von den Arbeitsnachweisen gesondert registriert werden müssen, ihrer Arbeitslosenunterstützung für verlustig erklärt werden und erst in letzter Linie Arbeit zugewiesen erhalten“. Ferner sind nach diesem Rundschreiben gegenüber „böswilligen Arbeitsschwänzern, Habgierigen und Fliegern“ (Leute, die häufiger den Arbeitsplatz wechseln) besonders scharfe Maßnahmen zu treffen, „einschließlich der Streichung aus den Listen der Erwerbslosen“. Ebenso wird die Einstellung von Personen verboten, die ihre Arbeitsstelle auf eigenen Wunsch verlassen haben oder wegen Verletzung der Betriebsordnung entlassen worden sind. Ein Dekret des Zentralexekutivkomitees der Sowjets vom 15. Dezember 1930, das in der Sowjetpresse („Prawda“, „Sa Industrialisaziju“) vom 17. Dezember veröffentlicht worden ist, hebt die Freizügigkeit des Arbeitnehmers formalrechtlich auf und führt das Prinzip der Zwangsversetzung und Zwangsverschiebung von Arbeitern aus einem Betrieb in einen anderen oder aus einem Gebiet in ein anderes ein. Dieses Gesetz steht auf dem Standpunkte, daß „zwecks einer planwirtschaftlichen Verwendung der Arbeitskräfte“ ein systematischer Kampf gegen alle, welche den Produktionsprozeß desorganisieren, erforderlich sei. Allen amtlichen Stellen und Betrieben wird die Pflicht auferlegt, Angestellte und Arbeiter nur durch Vermittlung besonderer Arbeitsorgane einzustellen. Unter gewissen Voraussetzungen können Beamte und Fachleute unter Umgehung der Arbeitsorgane eingestellt werden. Ausschlaggebend ist dabei das Einverständnis des bisherigen Arbeitgebers. Also die Zustimmung des Arbeitnehmers ist, nach der Ansicht des sowjetrussischen Gesetzgebers, ganz überflüssig.

Anstellungsverträge mit Arbeitern können auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen werden. Besonders bemerkenswert sind folgende Bestimmungen des Gesetzes:

„Qualifizierte Arbeiter und Fachleute, für die in ihrem Fach keine Verwendung gefunden werden kann, werden von den Arbeitsorganen unter die in Betracht kommenden Wirtschaftszweige verteilt.“ Noch mehr wird die Rechtlosigkeit des russischen Arbeiters dadurch verschärft, daß derjenige, der „eigenmächtig“ aus einem Betrieb ausscheidet, 6 Monate lang nirgends wieder eingestellt werden darf, ja selbst des Bezugsrechts auf Lebensmittel usw. verlustig geht.

Aber auch dem Kranksein der Arbeiter geht man energisch zu Leibe. „Sa Industrialisaziju“ vom 18. Dezember veröffentlicht folgende unwürdige Weisung des Volkskommissariats für das Gesundheitswesen, Wladimirow, an die Aerzte:

„Die Verluste der Industrie aus den Erkrankungen der Arbeiter müssen wesentlich gesenkt werden. Sollte es gelingen, die Erkrankungsziffer auch nur um 50 Prozent (!) zu senken, so würde das für den Staat eine Ersparnis von einer halben Milliarde Rubel bedeuten.“

Bemerkenswert ist die Forderung der Leitung der regierenden Partei, „energische Maßnahmen“ zu treffen, um die Arbeiter zu veranlassen, sich zu verpflichten, die betreffenden Betriebe nicht vor Ablauf des Fünfjahresplans der Sowjetwirtschaft oder sogar noch längerer Zeit nicht zu verlassen. Diese Bestimmung bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die amtliche Einführung der Zwangsarbeit.

Von aggressiver politischer Natur ist ebenfalls die Bestimmung des Rundschreibens, daß für die Dauer von zwei Jahren das Aufrücken von Arbeitern in staatliche Verwaltungsstellen streng verboten wird.

Eine wesentliche Verschlechterung bringt der neue Kurs der russischen Arbeiterpolitik in Fragen der Entlassung und der Abfindung. Es soll für eine Uebergangsperiode die Regel gelten, daß die Betriebsleitung den Arbeiter nur 10 Tage vor der Entlassung von derselben in Kenntnis zu setzen hat, als Abfindung soll die Lohnsumme für nur 5 Tage ausgezahlt werden. Bei Entlassung von über 20 Arbeitern wegen Rationalisierung des Betriebes soll die Abfindungssumme von 10 Arbeitstagen entrichtet werden. Andererseits sollen die Arbeiter verpflichtet werden, eine Kündigungsfrist von 10 Tagen einzuhalten und das technische Personal eine solche von 8 Tagen.

Die bestehenden Arbeitsnachweise werden durch Arbeitsämter ersetzt. In Zukunft sollen die Erwerbslosen überhaupt nicht mehr registriert werden. Auf diese eigenartige Weise wollen die bolschewistischen Sozialpolitiker die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen. Nach Bürokratenphilosophie soll das Problem gelöst werden: da bei den Akten keine Unterlagen über Arbeitslosigkeit vorhanden sind, so darf sie nicht existieren. Jetzt handelt es sich für die sowjetrussische Sozialpolitik darum, die Zwangsarbeit bzw. die Arbeitspflicht rücksichtslos durchzuführen. Vollziehende Machtorgane der Staatsgewalt werden an die Stelle sozialer Institutionen gesetzt.

Zu einem Instrument der neuen Arbeiterpolitik wird auch das Arbeitsgericht umgestaltet. In sämtlichen Betrieben, Behörden, öffentlichen Anstalten, die mehr als 100 Arbeiter bzw. Angestellte zählen, werden sogenannte Arbeiterehrengerichte eingeführt mit folgenden Aufgaben: „Kampf gegen die Verletzung der Arbeitsdisziplin“, „Kampf gegen alle, die die Produktion und den sozialistischen Wettbewerb desorganisieren“, „Beseitigung der Mißstände aus der alten Zeit“, „Einwirkung auf Personen, welche die Verwirklichung der Produktionspläne verzögern“ usw. Die Gerichte sind an keine Prozeßordnung gebunden. Ihnen wird das Recht eingeräumt, folgende Strafen zu verhängen: Verwarnung, öffentliche Rüge und Veröffentlichung des Urteils in der Presse, Versetzung auf einen anderen, schlechter bezahlten Posten für eine bestimmte Zeit, Entlassung und Ausschluß aus dem Gewerkschaftsverband.

Die weitgehenden Befugnisse der Arbeiterehrengerichte bedeuten eine erhebliche Einschränkung der bisherigen Rechtsprechung und Prozeßordnung des ordentlichen Arbeitsgerichts zuungunsten der Arbeitnehmerschaft. Für Aktivisten und Draufgänger ist ein neues Betätigungsgebiet geschaffen, um das Antreibensystem dauernd zu überwachen. Der Arbeiter bzw. der Angestellte wird vollkommen der Vormundschaft der kommunistischen Zellen ausgeliefert, die unter dem Namen „Ehrengerichte“ fungieren werden. Paul Olberg.

## Tag des Buches

## Deutsche Literatur der Gegenwart

1890 bis 1930

Es ist überaus schwierig, eine Literaturgeschichte zu schreiben, die auch für den Arbeiterleser wertvoll, belehrend und doch nicht abschreckend wirkt. Die zahlreichen Versuche, über die Literatur einer bestimmten Zeit zusammenfassend und kritisch zu berichten, sind dadurch zumeist sehr unbefriedigend, weil sie entweder zu temperamentvoll und tendenziös durch die Brille des Autors gesehen sind. Oder aber — was meist noch schlimmer — sie sind farblos neutral und weitschweifig. Schließlich gibt es noch den Typ: oberflächlich und wenig eindringlich. Der Versuch Franz Mehrings, für die Arbeiterschaft eine besondere Literaturgeschichte zu schreiben, ist leider auch nicht konsequent durchgeführt worden. Außerdem war bei der Abfassung seines ersten Bandes bereits jener Zustand im Vordergrund seines Wesens, den Bebel einmal treffend als „psychologisches Rätsel“ bezeichnet hat.

Oftmals wird der Arbeiterleser auch abgeschreckt durch die ungeheure Fülle des Gebotenen; denn er glaubt, er müsse nun den ganzen Band sozusagen auf einmal verschlingen, während doch sinngemäß eine neuzeitliche Literaturgeschichte gleichzeitig und in erster Linie als Nachschlagewerk dienen soll. Anders ausgebrückt, eine gute Literaturgeschichte dient der geistigen Arbeit, informiert und fördert den Leser auch über solche Autoren und Bücher, die er nicht lesen kann aus verschiedensten Gründen, insbesondere aber auch aus Zeitmangel; denn wer soll sich wohl mit all den Neuererscheinungen abplagen, die heute den Büchermarkt füllen.

So mancher Leser kommt freilich nicht ganz mit Unrecht zu dem Resultat, an Stelle der schier unfassbaren Literaturübersicht mit kritischem Einschlag lieber nach Möglichkeit das zu lesen, was ihn interessiert und von dem er sich in dieser oder jener Weise Erbauung erhofft. Aber wahllos lesen heißt doch gerade für den Arbeiterleser Zeitverschwendung! Es heißt auch Kraftverschwendung und allzuoft wird beim Durcheinanderlesen das Urteil getrübt und einseitig, statt scharf und klar. Wer möchte sich wohl nicht ein Bild machen von den wichtigsten Romanen der Gegenwart oder wenigstens den sozialen Dichtungen unserer Zeit? So muß man sich wohl oder übel beraten lassen, sei es durch die Bibliothekarin der modernen Stadtbibliotheken oder den Bibliothekar der Gewerkschaftsbibliothek. Um nun zum mindesten eine schwache Vorstellung zu bekommen von dem, was man eigentlich sucht und was einem ein Weltbild einigermaßen vermittelt, muß man auch „Kostproben“ haben. So bleibt zu guter Letzt doch wieder die Literaturgeschichte als Ausweg in diesem Dilemma. Natürlich müssen die Bibliothekberater in jedem Falle möglichst alle neueren Literaturübersichten verfolgen, um so den richtigen Rat beim Bücherlesen erteilen zu können. Es kommt dabei sehr auf die Literaturgeschichte an.

Der Sieben-Stäbe-Verlag Berlin hat nun im neuen Jahre eine Literaturgeschichte herausgebracht, die in der Tat in ihrer Art einzig ist. Zunächst dadurch, daß sie die neueren Werke fast bis Ende des Jahres 1930 umfaßt. Ferner ist der 528 Seiten umfassende Band in Ganzleinen für den erstaunlichen Preis von 2,85 Mk. zu erwerben. Endlich ist eine vorzügliche Uebersicht in Form einer Büchertafel und eines Sachregisters gegeben, die uns überaus wertvoll dünken. (Mahrholz, Dr. Werner, Deutsche Literatur der Gegenwart 1890 bis 1930. Nach dem Tode des Verfassers überarbeitet und ergänzt von Dr. Max Wieser, Bibliotheksdirektor, Spandau. 528 Seiten mit 2 Bildtafeln. Oktavformat. Ganzleinen 2,85 Mk. Halbleder 3,75 Mk. Berlin, Sieben-Stäbe-Verlag.)

Es wäre wünschenswert, daß dieses Buch nicht nur in den großen Arbeiterbibliotheken, sondern auch im Besitz desjenigen Arbeiters ist, der überhaupt über eine Bücherammlung verfügt. Es eignet sich auch vorzüglich als Geburtstagsgeschenk!...

In der Tat ist die Geschichte der letzten vierzig Jahre das Erwachen neuen Geisteslebens. Mit dem Schluß des Sozialistengesetzes wurde nicht nur die politische und gewerkschaftliche Bewegung freier, sondern auch Naturwissenschaft und schöpferische Literatur gewannen einen ungeahnten Aufstieg. Es setzte die Ära des Naturalismus ein, deren Wurzeln zwar schon in den großen Romanen Englands (Charles Dickens), Frankreichs (Zola)

zu finden waren, die aber in Deutschland erst durch Arno Holz und später durch Gerhart Hauptmann eine breitere Basis fanden.

Die Einteilung der Kapitel in dem Buch von Mahrholz erscheint uns zwar ein klein wenig kompliziert. Immerhin kann man sich bei gutem Willen auch mit dieser Einteilung einen Gesamtüberblick schaffen. So wird im zweiten Buch die neue Romantik dargestellt von Richard Wagner, Nietzsche über Ruskin, Dostojewski zu Verlaine und Oskar Wilde. Aber das sind auch nur die Ahnherrn der neuen Romantik. Die eigentlichen Neurotantiker sind überaus zahlreich. Insbesondere wird in einem Kapitel über Heimatkunstabewegung berichtet, deren bekannteste Dichter Ebner-Eschenbach, Rosegger, Frenssen, Klara Diebig, Helena Böhlau u. a. sind. Ein besonderes Buch ist auch dem „Expressionismus“ und schließlich ein weiteres der „Neuen Sachlichkeit“ gewidmet. Hierunter ein Kapitel Kriegsrömane (Erich Remarque, Arnold Zweig u. a.). Ferner als letztes Kapitel „Arbeiterdichtung“ (Cerssch, Engelke, Barthel, Schönlanck usw.).

Wir möchten diesem Buch, das bereits als 56. bis 85. Tausend erscheint, auch weitere Massenauslagen wünschen; denn eine solche bildende Uebersicht hat uns lange gefehlt. Wir möchten nur noch den Wunsch daran knüpfen, daß diesem Buch als Ergänzung ein zweiter Band folgt, der die Geschichte der Weltliteratur, etwa der letzten vierzig bis fünfzig Jahre, umfaßt. Dieser Wunsch ist insofern besonders aktuell, als gegenwärtig nach unseren Erfahrungen in den großen Volksbibliotheken der amerikanisch-soziale Roman (Jack London, Upton Sinclair, Sinclair-Lewis u. a.) viel gelesen wird. Aber auch französische, englische und russische Literatur steht mit Recht hoch im Kurs in gegenwärtiger Zeit.

Alle unsere Filialbibliotheken müssen den Mahrholz unbedingt in mehreren Exemplaren vorrätig halten.

\* \* \*

Weil wir nun gerade im Zuge sind, möchten wir in diesem Zusammenhang auch den Literarischen Jahresbericht des Dürer-Bundes und der „Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen“ nicht vergessen. (Literarischer Jahresbericht 1930. Herausgegeben vom Dürer-Bund gemeinsam mit der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen. In Verbindung mit zahlreichen Sachkennern bearbeitet von Dr. F. Kapahn und Hans Hofmann. 152 Seiten zu 2 Spalten. Oktavformat. Kartoniert 4 Mk. Berlin, Sieben-Stäbe-Verlag.)

Seit vielen Jahren hat sich der Begründer des Dürer-Bundes und Herausgeber des „Kunstwart“, Ferdinand Avenarius, bemüht, in einem literarischen Jahresbericht Berater zu sein, unabhängig von jeder Seite. Durch das Zusammenwirken des Dürer-Bundes mit der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen ist die objektive Bedeutung dieses Nachschlage- und Informationswerkes ganz besonders groß. Es gibt kein Kulturgebiet, das nicht behandelt würde und alles ist abgestimmt für das Bedürfnis des kulturell und gesellschaftlich interessierten Laien. So bedeutet dieser Jahresbericht weit mehr als sein Titel verheißt. Für unseren Leserkreis sind besonders bemerkenswerte Kapitel: „Sozialismus und Arbeiterbewegung“, „Frauenbewegung“, aber auch bildende Kunst, Wirtschaft, Gesellschaftslehre, Gesundheitslehre usw.

\* \* \*

So mancher unserer Kollegen hat sehr viel Zeit — weil er arbeitslos ist. Während in früheren Jahren die Arbeitslosigkeit zumeist eine relativ vorübergehende Erscheinung war, ist sie heute leider zu einem furchtbaren Dauerübel geworden. Was kann der Arbeitslose tun, in seiner vollen freien Zeit, um das seelische Gleichgewicht zu behalten? Gewiß kann er nicht immerzu Romane lesen, aber er kann etwas System in seine Lektüre bringen. Hierzu dient das gute Buch. Der „Tag des Buches“, der in diesen Tagen alle Menschen daran erinnern soll, daß sie das gute Buch nicht vernachlässigen dürfen, ist wohl dazu angetan, jedem einzelnen zum Bewußtsein zu bringen: man verwendet einen guten Teil seiner freien Zeit am besten mit Lektüre. So möchten wir dieses Kapitel nicht ohne Nutzenanwendung schließen für den einzelnen. Wer es eben ermöglichen kann, sollte Plan und Ziel in seine Lektüre bringen. Hierzu werden ihm die oben gekennzeichneten Bücher in erheblichem Maße dienen. Edl.

## Roman des Arbeiters

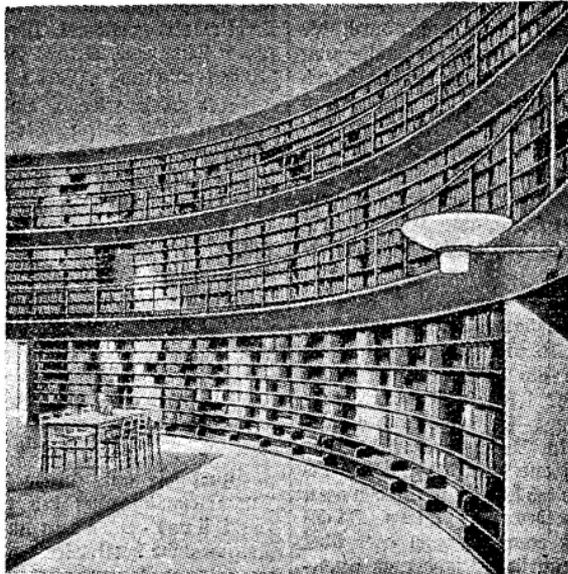
Im „Berliner Tageblatt“ bemängelt B. v. Brentano, daß in der modernen Romanliteratur der Arbeiter als handelnde Zeitgestalt zu wenig berücksichtigt wird. Das ist in der Nachkriegszeit zwar etwas besser geworden, doch immer noch überwiegt die Art von Romanen, die den Arbeitnehmern nicht nur nichts zu geben weiß, sondern das Leben in einer ganz unmöglichen Stellung zu den Menschen und Dingen zeigt. Um so interessanter sind die nachfolgenden Ausführungen von Brentano, denen wir im wesentlichen zustimmen können.

„Man muß zugeben, daß der Roman bei uns seit geraumer Zeit seine erste Aufgabe nicht mehr erfüllt, ein Spiegelbild der Gesellschaft zu sein, die ihn hervorbringt. Die neuere Produktion handelt bestenfalls von sonderbaren Verwicklungen, meistens jedoch nur von sonderbaren Menschen, wodurch sie sich allein schon von der realen Welt abschließt und an deren Stelle die „Welt“ des Autors vorzeigt. Damit aber nicht genug: Gibt es einen neueren Roman, in dem Arbeiter vorkommen, und zwar arbeitende Arbeiter? In den Personenverzeichnissen steht bestenfalls „Volk“, als ob die Verfasser die Zeitgenossen Shakespeares wären. Aber die Zeiten haben sich ein wenig geändert und die soziale Lage ist die erste Frage überhaupt, der Kampf der Politik wie der Wirtschaft um die Arbeiterschaft, und der Kampf der Arbeiterschaft um Wirtschaft und Politik der entscheidende schlechthin. — Wir können hier die Frage nicht untersuchen, warum unsere Romane den Arbeiter nicht einbeziehen; vielleicht sogar nicht einbeziehen können. Aber, wie auch eine solche Untersuchung ausfallen würde, der Schaden, den dieser Mangel unserer Romanliteratur anrichtet, ist nicht gering. Die Kenntnisse, die sogar junge Leute in den westlichen Teilen Berlins von den östlichen und nördlichen haben, sind erstaunlich dürftig. Ich bin vielen begegnet, die zwar Frankreich und selbstverständlich Italien bereist hatten, aber niemals am Wedding (Arbeiterviertel) gewesen sind. Unserer schematischen Denkmäße weiß man darum bei uns einiges über Arbeiterparteien, aber wenig über Arbeiter, wodurch nun aber die Parteien selber wiederum undeutliche Gebilde bleiben.“

Was ist denn das: Rationalisierung? Man liest davon und man spricht davon. Aber was ereignet sich praktisch in einem durchrationalisierten Betrieb? Nun beginnt im Internationalen Arbeiterverlag Berlin eine Serie von Romanen zu erscheinen, die nicht allein das Leben von Arbeitern darstellen, sondern darüber hinaus von Arbeitern selber geschrieben sind. Die Absicht des Verlages ist eine politische. Jedes Buch kostet nur eine Mark. Dieser Preis ist für den Arbeiter gedacht, der sich durch seinen Roman über seine Lage verständigen soll. Darüber hinaus erscheint die Serie als ein Kampfmittel gegen die billige und schlechte Literatur, die von zahllosen mehr oder weniger bekannten Verlagen im „Volk“ vertrieben wird. Die Literatur, um die sich die öffentliche Kritik für gewöhnlich kümmert, macht noch nicht 10 Proz. der tatsächlichen Produktion aus, die Jahr für Jahr in Deutschland hergestellt, vertrieben und gelesen wird. Und wie weit entfernt ist der Preis unserer Bücher von der Arbeiterschaft.

Aus der genannten Serie, die sich der rote Eine-Mark-Roman nennt, liegen bis jetzt drei Bände vor, deren bester „Maschinenfabrik U. u. K.“ heißt. Der Verfasser, Willi Bredel, ist ein Arbeiter von der Wasserkanale, wie er selber schreibt, gelernter Metallarbeiter, im Krieg Rüstungsarbeiter, später Seemann, Dreher und zum Schluß Redakteur einer Arbeiterzeitung in Hamburg. Im Jahre 1922, erzählt er, tippelte ich mit zwei Genossen zu Fuß von Hamburg nach Italien, erlebte dort den Faschistenumsturz und wurde per Schub an die österreichische Grenze gebracht. — Das Buch schildert Arbeitskämpfe in einer Maschinenfabrik, wahrscheinlich Ergebnisse des Verfassers selber. Die Umwelt der

Hauptperson, des Drehers Melmster, wird politisch gesehen und ebenso dargestellt. Die Arbeitskollegen des Melmster erscheinen zunächst als sozialdemokratische, kommunistische, unorganisierte und politisch uninteressierte Arbeiter, als politische Figuren also, aber immer doch als Arbeiter und darüber hinaus sogar als erstaunlich deutlich gezeichnete Menschen, deren Art und Schicksal den Leser packen wie ein exotischer Stoff. Der Aufbau ist primitiv. In der Methode der Reportage wird erzählt, wie Melmster in der Fabrik eine rote Zelle bilden hilft, eine Betriebszeitung gründet, die in den Lohnkampf eingreift; der sozialdemokratische Betriebsrat wird bei der Neuwahl gestürzt, es kommt zu Maßregelungen und Streik, zu Kämpfen mit der Polizei und der Streik wird von der Belegschaft schließlich verloren. (Ist das nicht der Verlauf eines von der A.G.O. „geführten“ Streiks? D. Red.) Das Buch erzählt fast nur von Männern; eine einzige Frau wird bloß angedeutet. — Aber das merkwürdige ist, daß die politische Haltung nicht eine aufgesetzte Tendenz bleibt, wie sie die ersten Piscator-Stücke am Hollendorfsplatz besaßen, die die bürgerlichen Zuschauer am Abend mit Klassenkampf zerstreuten; die politische Haltung des Verfassers ist vielmehr seine Haltung überhaupt. Seine Art, sein Wesen, seine Denkweise sind politisch und infolgedessen auch sein Stil. Es gibt Dialoge in diesem Roman, die erfolgreiche Dramatiker neidisch machen können. Und wenn in einem bürgerlichen Roman der Stil der Mensch ist, so macht hier der Mensch den Stil. — Der Betrieb wird rationalisiert. Melmsters Arbeit ist „Seitenflansche mit Messingbüchsen“ — der Himmel weiß, was das ist. Der Meister kommt und fragt, wieviel Zeit ihm dazu gegeben ist. Melmster antwortet, 16 oder 18 Stunden, und der Meister erklärt, daß es jetzt



Bücherhalle der Stadtbibliothek in Stockholm

in zehn Stunden geschafft werden muß. „Ist die ganze Rationalisierung nur eine Heruntersetzung der Zeit?“ „Nicht nur“, erwiderte der Meister, „Sie bohren die Flanschen, die Büchsen werden in der Automatenbank gemacht und von den Jungens eingeschlagen. Dann nehmen Sie die Flanschen auf einen Federbohn und drehen sie fertig. Siebeneinhalb Stunden erhalten Sie dafür.“ „Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, das ist unmöglich.“ „Es ist alles auskalkuliert. Sie bekommen eine Vorrichtung, an der Sie mit zwei Stählen zugleich arbeiten können.“ Die Zeit ist zu knapp bemessen, und die Arbeit mühselig. Auch ein Oberkalkulator bringt die Sache nicht fertig. Man einigt sich auf eine etwas höhere Zeit. Aber das Tempo steckt in diesem Buch und die gleichmütige Geschwindigkeit der Maschine, die den Menschen vor sich herjagt. Es wird an einer anderen Stelle ein Unglücksfall beschrieben, wo einem Arbeiter ein Stück von der Hand abgerissen wird und die Sehne sich um die rotierende Maschine wickelt. An diese entsetzliche Beschreibung muß man während der ganzen Lektüre denken. Es ist, als ob das Leben der Menschen um die Geschwindigkeit der Maschine gewickelt würde.

Die übrigen Romane sind nicht von der Qualität des besprochenen. „Sturm auf Essen“ von Hans Marchwiza bleibt im Ton von Kriegsromanen stecken, und ein russischer Roman „Zwischen den Fronten“ fällt überhaupt ab. Jedoch die Gesamterfcheinung ist neu. Die Arbeiterschaft beginnt zu sprechen. Der Bezirk, an den sie gebunden ist, öffnet eine große Tür, hinter der die Hälfte aller Deutschen verborgen stehen. In den Raum fällt ein helles Licht, und die Gruppe von Männern, die man Arbeiter zu nennen pflegt, verteilt sich in Gruppen von Menschen, bei denen Leben und Arbeit in einer bestimmten Weise zusammenfallen. Es ist literarisch angenehmer, Zola zu lesen; aber eben doch nur literarisch angenehmer.

## Frau und Buch

In den letzten Jahren haben einzelne Gewerbebezüge, offenbar nach dem Muster der einträglichen „Weißen Wochen“ und ähnlicher Warenhaus-Reklame-Methoden, Propagandatage eingerichtet, um die säumigen Käufer anzuregen. Damit diese Reklame bedeutsamer und suggestiver wird, hat man ihr „Kulturideen“ untergeschoben. Die Blumen- und Schokoladenhändler appellieren am „Muttertag“ an die kindlichen Gefühle, um sie in Blumen und Süßigkeiten umzusetzen. Die Buchhändler propagieren am „Tag des Buches“ die Mission des Buches.

Nun wäre an sich gegen diese Art Reklame nichts einzuwenden. Unangenehm ist zwar die Verquickung von Geschäft mit Gefühl und Kultur. Aber schließlich arbeitet jede Reklame mit lauten

und anzüglichen Mitteln, ob man nun aufgefordert wird, schon durch Elida zu sein oder im Klepper-Faltboot zur Volksgesundung beizutragen. Aber beim Buch liegt die Sache doch etwas anders. Denn der Buchhandel hat tatsächlich eine wichtige kulturelle Aufgabe, und die Propagierung des Buches, wenn sie auch aus geschäftlichen Gründen kommt, kann eine Wirkung ausüben, die mit dem buchhändlerischen Zweck nichts mehr zu tun hat. — Man hat also den „Tag des Buches“ dementsprechend zu einer Kundgebung für geistiges Gut zu machen versucht. Schriftsteller haben Vorträge gehalten, Ausstellungen sind eingerichtet, Artikel geschrieben worden, Organisationen und Vereine haben sich als Mittler zur Verfügung gestellt. Viele große und manche kluge Worte sind gesprochen worden — mit welchem Erfolg? Ist das Buch dadurch in stärkerem Maße in die Kreise gedrungen, die ihm bisher fernstanden? Sind durch den „Tag des Buches“ andere Käufer in die Buchhandlungen gekommen als die, die sonst auch gekommen wären? Wie kann man erreichen, daß das Buch von einem Luxusgegenstand begüterter Kreise zu einem „Gegenstand täglichen Gebrauchs“ für alle wird? — Der eigentliche Träger

und Nutznießer des „Tag des Buches“ ist der Börsenverein der Deutschen Buchhändler — übrigens die älteste Unternehmerorganisation (1825 gegründet) — ein straff organisiertes Zwangs-kartell mit starken zünftlerischen Neigungen, dem nicht nur alle Buchhändler angehören müssen, sondern der auch von seinen Mitgliedern eine bestimmte buchhändlerische Ausbildung fordert. Das hat praktisch dazu geführt, daß ganze große Gruppen wichtiger moderner Bucherzeugnisse, wie z. B. die Veröffentlichungen der Verbände, der Gewerkschaften und Parteien außerhalb des Buchhändlerbörsenvereins, also auch nicht von ihm propagiert, ja sogar negiert werden. So kommt es, daß der Börsenverein dank seiner Monopolstellung nur an der Verbreitung seiner gewissermaßen „offiziellen“ Literatur Interesse hat und sogar eine Art geistiger Zensur auszuüben bestrebt ist. Dabei erweist ein Vergleich der „offiziellen“ Verlagsproduktion mit der außerhalb stehenden, daß manche der wichtigsten Neuererscheinungen der letzten Jahre nicht vom eigentlichen Buchhandel kommen und demzufolge auch nicht in den Verzeichnissen der Neuererscheinungen und damit auch nicht in den Sortimentbuchhandlungen geführt und propagiert werden. Der „Tag des Buches“ will aber natürlich in erster Linie nur für die eigene Buchhandlungsproduktion werben.

Dazu kommt ferner, daß der Börsenverein durch seine Kartellpolitik seine Mitglieder zwingt, die Bücher zu festen — und meist hohen — Preisen zu verkaufen. Das Buch ist dadurch zum Markenartikel geworden. Wenn es dem Buchhandel mit dem „Tag des Buches“ und seiner Kulturmission ernst wäre, d. h. wenn er wirklich das gute Buch in die sogenannten „weiteren Volkskreise“ bringen will, dann müßte er zuerst die Preise senken. Wenn der Arbeiter, Angestellte und Beamte als Freund des guten Buches gewonnen werden soll, dann muß es billiger werden. Oder will

der Börsenverein des deutschen Buchhandels auf diese nicht sehr zahlungsfähigen Kreise verzichten? Dann soll er auch auf die schönen Phrasen beim „Tag des Buches“ verzichten und sich gleich offen zu den Methoden der „Weißen Woche“ bekennen.

Die Devise des diesjährigen „Tag des Buches“ lautet „Frau und Buch“. Ein Ehrenausschuß hat sich gebildet, dem auch Schriftstellerinnen von hohem Rang angehören, eine große Zahl von Frauenverbänden hat sich angeschlossen. Warum nicht? Frau und Buch — gewiß wäre da eine wertvolle Aufklärungsarbeit zu leisten. Für eine im öffentlichen und geistigen Leben noch junge und lebendige Schicht wie die Frauen könnte es von Wert sein, zumal in einer für sie so gefährlichen Situation wie im Augen-

blick, den literarischen Niederschlag ihrer Arbeits- und Lebensfragen zu überblicken und zu propagieren. Aber was werden die Sortimentbuchhandlungen, die Frauenvereine und die Werbeschriften zum Tag von „Frau und Buch“ anbieten? Werden sie die Frauen auf die wichtige Aufklärungs-literatur für und wider den § 218 hinweisen? Werden sie die Schriften und Zeitschriften über die Stellung der Frau im Dritten Reich zusammen-tragen? Werden sie die Frauen z. B. mit der Literatur über die Frauenarbeit bekannt machen, auch mit der, deren Verlage außerhalb des Börsenvereins stehen (z. B. von den Veröffentlichungen des letzten Jahres: „Die Frauenarbeit in der Metallindustrie“, vom Metallarbeiterverband; „Mein Arbeitstag, mein Wochenende“, vom Textilarbeiterverband; „Die weiblichen Angestellten“, vom ZöA.) Wir fürchten, sie werden es nicht tun. Wir fürchten, sie werden für die „Dame“ eine nette elegante Kollektion von Büchern zusammenstellen, die man als moderne Frau gelesen haben muß, sie werden die Frauenbewegung herholen, die weite Plantage von Haushalt, Kinderstube und Küche und schließlich die pikante Literatur über den sex appeal. Dazu die braven und die weniger braven Romane „für die Frau“. Aber für die arbeitende Frau, die Arbeiterin, die Angestellte und Beamtin wird diese Propaganda nicht viel bringen. Wenn sich der Buchhandel diese Frauen zu Bücherfreundinnen machen will, braucht er dazu keinen besonderen Tag des Buches für die Frau. Er soll gute brauchbare Bücher verlegen über die Fragen, die die Frau wirklich angehen, ohne reaktionäre Zensur, und er soll sie so billig verkaufen, daß sie auch die minderbemittelte Frau kaufen kann. Dann wird sich die Beziehung von „Frau und Buch“ schon von selbst finden.

Susanne Suhr, i. „Der Freie Angestellte“.

Was mancher nicht weiß: Daß das älteste Buch der Welt der „Prisse Papyrus“ sein dürfte (Nationalbibliothek, Paris). Er stammt aus dem Jahre 3350 v. Chr. und wurde von dem Gelehrten, nach dem er seinen Namen führt, in einem Grabe bei Theben gefunden. Daß das größte Buch der Welt ein anatomischer Atlas ist, der jetzt in der Bibliothek der Staatsgewerbeschule in Wien aufbewahrt wird. Das Werk hat eine Höhe von 1,90 Meter und eine Breite von 90 Zentimeter. Es wurde von 1823 bis 1830 gedruckt. Daß das kleinste Buch 10×6 Millimeter mißt. Es wurde 1897 in Padua gedruckt und enthält auf 208 Seiten u. a. einen noch nicht veröffentlichten Brief Galileis vom Jahre 1615. Daß das schwerste Buch der Welt die „Geschichte von Jhaka“ ist, die ein habsburgischer Erzherzog am Anfang dieses Jahrhunderts unter dem Titel „Parga“ veröffentlicht hat. Es wiegt 48 Kilogramm. Daß das teuerste Buch die 42zeilige Gutenberg-Bibel ist, für die Dr. Dollbehr rund 1.300.000 Mk. vor einigen Jahren bezahlt hat. Daß das umfangreichste Buch der Welt der „T'u-schu-ischu-ischu“, ein chinesisches Wörterbuch, ist, das 5020 Bände mit je 170 Seiten umfaßt. Es wurde zu Anfang des 17. Jahrhunderts auf Befehl des Kaisers von China gedruckt.

Fr. W. Pölln in der „Literarischen Welt“.

### Das Buch Das Buch Das Buch

ist das Spiegelbild unserer Zeit, aller Rhythmus — alle geistige Bewegung schwingt in wichtigen Akkorden unseres Schrifttums, das in dem Buch den wahrhaften Dolmetscher fand.

#### Bücher sind Freunde

Aus dem Buch, dem Kelch des Geistes muß sich auch die Jugend laben, denn nur in aller Einheit aus Körperkraft und Geist winkt uns der so heiß ersehnte Aufstieg aus der Niederung unseres politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

#### Schärfe deinen Geist

greife zum Buch, denn Wissen ist Macht.

In der Auswahl dieses Rüstzeuges zum Kampfe hilft dir gern unsere eigene Buchhandlung, die

**Verlagsanstalt „Courier“ GmbH.**  
Berlin SO16, Michaelkirchplatz Nr. 4

## Todeskampf der Freiheit

### VII.

Auf Grund seiner Auffassung der Pflichten der Regierung und der Pflichten der Krone forderte Amendola, das Ministerium müsse, obwohl es zurückgetreten sei, den Mut haben, den Faschismus als außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären und entsprechend gegen ihn vorzugehen. Der Minister des Innern verpflichtete ihn bei, obwohl für ihn weit geringere Sorgen den Ausschlag gaben. Damals wurde der Aufruf erlassen, den wir wiedergegeben haben. Das war der erste Schritt zum Kampf, der in Rom wie in Mailand den Beifall der Politiker und Parlamentarier fand, denn bei aller Feigheit war das Parlament jetzt zu dieser energiegelichen Politik bereit, wenn nicht aus Sorge um seine Würde, so doch wenigstens aus Selbsterhaltungstrieb.

Als dem König der Beschluß des Ministeriums mitgeteilt wurde, schien er ihn anzunehmen. Aber es gab bei Hofe zwei Parteien, deren eine glaubte, es sei die erste Pflicht des Königs, unter allen Umständen und gegen jedermann die liberalen Institutionen zu verteidigen, während die andere die Diktatur erstrebte.

In den wenigen Stunden zwischen der Proklamierung des Belagerungszustandes und dem Widerruf vollzog sich zwischen Diminal und Quirinal, zwischen Regierung und König ein Trauerspiel, das zur Posse herabsank.

„Euer Majestät wollen uns die nötige Vollmacht zum Niederwerfen des Aufstandes geben“, sagte die Regierung, über ihre eigene Kühnheit zitternd, zu Diktator Emanuel III.

„Verhüten Sie einen Zusammenstoß zwischen Patrioten, bei dem auf beiden Seiten gerufen wird: Es lebe der König, es lebe das Heer!“, antwortete der König.

„Meuterei ist Meuterei, welches immer die Fahne sein möge, die man aufpflanzt. Ein Zusammenstoß kann nur vermieden werden um den Preis der völligen Abdankung des Staates“, bemerkte die Logik Amendolas.

„Mein Vetter, der Herzog von Aosta, behauptet, daß die Meuterei aufgehört habe, Meuterei zu sein, wenn sie die Verteidigung des Königs und die Wiederherstellung der Ordnung zum Ziel hat.“

„Wir geben Euer Majestät zu bedenken, daß für die Lösung einer solchen Krise die Krone den Hinweisen des Parlaments und der Regierung folgen muß. Wo die verantwortliche und legitime Gewalt durch illegitime Gewalt verdrängt wird, liegt eine Verletzung der Verfassung vor. Die Geschichte lehrt, daß sich derartige Verletzungen rächen“, antwortete dieselbe Logik, die der Ehre und der Selbstachtung der Institutionen das Wort redete.

Aber der König ließ sich von praktischen Rücksichten leiten. Als man ihm also das Dekret zur Proklamierung des Belagerungszustandes zur Unterschrift unterbreitete, weigerte er sich, es zu unterzeichnen. Und damit war dem Faschismus der Weg geöffnet. Die Monarchie war wieder einmal zum Verräter geworden, und die Reaktion triumphierte.

Als Mussolini in Mailand die Depesche des Königs erhielt, die ihn mit der Bildung des neuen Ministeriums betraute, konnte er die Tränen nicht zurückhalten. Er hatte am Rande eines Abgrundes gestanden. Aus dem Führer aufrührerischer Banden machte ihn der König zum Regierungsoberhaupt. Er sagte zu seinem Bruder, als er ihm die Depesche zeigte, im Dialekt seines Dorfes: „Wenn unser Vater das erlebt hätte!“

Das war ein menschliches Wort und schön, wie alles, was menschlich ist, aber leider hatte Napoleon schon dieselben Worte gesagt, an dem Tage, als ihn der Papst in Notre Dame zum Kaiser krönte... Jetzt begann die Posse, in der Mussolini den Napoleon spielte...

Am Abend des 29. Oktober fuhr Mussolini im Zuge nach Rom; zwei Tage später defilierten die Schwarzhemden unter dem Balkon des Quirinals und jubelten dem König zu, als dem authentischen Urheber des Staatsstreichs.

Verschiedene Episoden tauchen vor mir auf. Am Abend des 25. Oktober war der sozialistische Parteivorstand in Mailand zusammengetreten in den verwüsteten Räumen des „Avanti“. Man diskutierte darüber, ob man Delegierte zum vierten Kongreß nach Moskau schicken sollte, um dort die Sache der Partei zu vertreten, die aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen war. Diese Frage schien die allerwichtigste. Da ich die Depeschen erhalten hatte, die über die faschistische Manifestation in Neapel und über Mussolinis Reden berichteten, über seine Androhung des Marsches auf Rom, legte ich sie den Genossen vor und wies auf den großen Ernst der Lage hin. Sie lachten, und am Abend des 26. reisten

unser Delegierten, unter ihnen Serrati, nach Moskau ab. Als sie in Berlin ankamen, war an Mussolini schon die Aufforderung ergangen, das erste faschistische Ministerium zu bilden...

Fast gleichzeitig machte ein Journalist dem Minister des Innern, dem früheren Präfekten Taddei, Vorstellungen über den Ernst der Lage. Dieser Minister galt für einen Mann mit eiserner Faust, und man hatte ihn aus seiner Beamtenlaufbahn an die Spitze des Ministeriums des Innern gestellt, damit er der faschistischen Drohung Meister würde. Er hörte den Journalisten an und schien ihn wegen seiner Aufregung zu bemitleiden: „Hundert Verhaftungen, die man im richtigen Moment vornimmt, genügen, um mit dem ganzen Faschismus aufzuräumen...“

Wenige Tage früher hatte General Badoglio, der Chef des Generalstabs, als man ihn über die seelische Verfassung des Heeres befragt hatte, zur Antwort gegeben:

„Das Heer wünscht keinen Konflikt mit den Faschisten. Wenn diese aber vom Wege der Gesetzlichkeit abgehen sollten, so übernehme ich es, die Ordnung im Handumdrehen wiederherzustellen. Fünf Minuten Feuer, und die Sache ist in Ordnung...“

Am Abend des 29. Oktober, während Mussolini nach Rom reiste, einer offiziellen Aufforderung des Königs Folge leistend, war ich selbst Zeuge einer merkwürdigen Szene. Die Behörden hatten sich zum erstenmal um die Verteidigung des „Avanti“ gekümmert und hatten zu diesem Zweck vor das Redaktionslokal in der Via Settala Polizisten und ein Maschinengewehrtrupp geschickt. Um 8 Uhr abends erschien eine faschistische Bande, um die Redaktionsräume und die Druckerei noch einmal zu verwüsten und sich für die Weigerung zu rächen, die ich dem Mussolinischen Befehl, die Veröffentlichungen einzustellen, entgegengesetzt hatte. Zu meiner größten Verwunderung ließ nun der Kommandant der Polizei die Maschinengewehre in Funktion treten. Die äußerst zahlreiche faschistische Kolonne, die vollständig bewaffnet war und selbst mehrere Maschinengewehre besaß, stob auseinander, einen Toten und mehrere Verwundete zurücklassend.

So hat das oft grausame und ironische Schicksal es gewollt, daß der allerletzte energische Akt, zu dem sich ein sterbendes Regime aufraffte, für die Verteidigung einer proletarischen Zeitung ausgeführt werden sollte!

Aber es war nur ein Irrtum gewesen, und in der Nacht besetzten die faschistischen Banden den „Avanti“!

Was ist der tiefere Sinn dieser Episoden? Was haben wir aus ihnen zu lernen? Meine Genossen vom Parteivorstand, der Minister des Innern, die Parlamentarier, der Generalstabschef — waren das alle Blödsinnige, daß sie einen derartigen Fehler bei der Abschätzung des Faschismus am Vorabend des Marsches auf Rom begehen konnten?

Durchaus nicht. Man mag immerhin jenem Optimismus, der seine Wünsche mit der Wirklichkeit verwechselt, einen Teil von Schuld an den italienischen Ereignissen zusprechen. Aber man darf nicht vergessen, daß ohne den Verrat des Königs an der Verfassung der Faschismus nie und nimmer seinen Marsch auf Rom durchgeführt hätte.

Im Lichte dieser Erkenntnis gewinnen die Ereignisse ganz klare Umrisse.

\*

Am Abend des 30. Oktober 1922 legte Mussolini, der am Morgen ganz profasch im Schlafwagen in Rom eingetroffen ist, dem König die Liste des neuen Ministeriums vor. Im Handumdrehen hatte man die Sache gemacht. Der Führer der Schwarzhemden hatte in weniger als vierundzwanzig Stunden so viel Mitarbeiter gefunden, als er nur wünschte. General Diaz und Admiral Thaon de Revel übernahmen es, als Minister des Krieges und der Marine den Faschismus vor den Augen des Offizierkorps zu rehabilitieren. Die sozialen Demokraten de Cesarò und Carnazza, der Konservative de Capitani, der Demokrat Rossi, die katholischen Volksparteiler Cavazzoni und Tangorra nahmen der Befreiung der Regierung durch die Faschisten den Charakter des Staatsstreichs gegen Parlament und Verfassung, indem sie neben den Faschisten de Stefani, de Decchi, Federzoni, Giurati und Gentile dem Ministerium beitraten.

Die im Jahre 1921 im Zeichen des nationalen Blocks gewählte Kammer sollte dann am 16. November mit dreihundertsechs gegen hundertsechzehn Stimmen Mussolini ihr Vertrauen aussprechen, und man erlebte bei dieser Sitzung, daß die Fraktion der katholischen Volkspartei, die sich als christliche Demokratie ausgab, einstimmig für die erste faschistische Regierung stimmte.

# Unsere Jugend

## Osterfahrten unserer Jugend

Je nachhaltiger darauf gedrungen wird, daß den Jugendlichen Freizeit und Ferien gewährt werden, desto besser kann man hier und dort durch Ergänzung der Arbeitskräfte das Arbeitslosenheer etwas verringern. Voraussetzung ist dabei natürlich ein gesunder, geselliger gewährleisteter Jugendschutz auch in dieser Hinsicht. Wenn heute demgegenüber festgestellt werden muß, daß längst noch nicht die Forderung sämtlicher deutscher Jugendverbände — mindestens drei Wochen Ferien in den ersten beiden und zwei Wochen in den letzten beiden Lehrjahren — erfüllt wurde, so bietet das ein ungesundes Bild modernen Jugendschutzes in der Freizeitbemessung und der Frage der notwendigen Jugenderholung. Damit ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß gegenwärtig kaum 50 Proz. der Jugendlichen einigermassen ausreichenden Urlaub erhalten, von denen wiederum eine große Zahl wenig oder gar kein Entgelt dafür bekommt. Die jetzige Notzeit verlangt eben die Anwendung aller geselligen Handhaben, um eine scharfe Durchführung der notwendigen Sicherungsmaßnahmen für eine gesunde Jugendentwicklung zu erzielen. — Vielen wird es unmöglich gemacht, einen längeren Urlaub zu guter Erholung anzutreten. Deshalb werden die besten Freizeitmöglichkeiten hervorgehoben. Neben den Pfingsttagen sind da in erster Linie die Osterfeiertage zu nennen. Wo es mit den Ferien sonst noch so frühe bestellt sein mag, da wird doch oft noch zu erreichen sein, daß den Jugendlichen der Osterabend freigestellt wird. Man sollte sogar darauf dringen, daß dieser Tag als wichtig für modernes Jugendleben und -streben allgemein anerkannt und der Jugend freigegeben wird.

Allen denen, die sonst keinerlei Möglichkeit zu größeren Fahrten sehen, wird zumindest an den vier Osterfeiertagen der Weg zu größeren Wanderungen in beliebige, entferntere liegende Wandergebiete eröffnet. Und gerade zu Ostern — ebenso zu Pfingsten — werden wir daher immer wieder die Jugendherbergen und Naturfreundehäuser in besonders starkem Maße von Jugend bevölkert finden. Zu der zeitlich besonders günstig gesehenen Vorbedingung solchen Wanderns tritt die Tatsache, daß die ungemütliche Winterzeit überwunden ist und damit auch die rechte Wanderlust in weitesten Kreisen wieder einsetzt. Das sehen wir selbst in den Kreisen älterer Wanderfreunde.

Wer ausgiebige Freizeit für die Jugend fordert, hat auch eine gewisse Verantwortung für die gesunde Gestaltung der Freizeit. Wohl in keiner Art der Betätigung geschieht das erfolgreicher, als beim Wandern. Hier wird der Jugendliche von seiner ungesunden Großstadtkumwelt gelöst. Hier lockert sich sein ganzes Innenleben. Damit wird die Bahn zu Selbstbetätigung und Gemeinschaftsarbeit in den Organisationen bereitet. Aus den Naturerlebnissen wächst neues Wunschbild und neues Streben auf bessere Kultur- und Lebensgestaltung. In der Vielseitigkeit der Landschaftsbilder schärft sich der Blick für die Vielsichtigkeit in der Naturentwicklung und im sozialen Leben. Alle diese Dinge wiederum sind wesentlich für gesunde Charakterentwicklung. Sie erweitern den Blick für die wirklich wertebildenden Triebkräfte im gesellschaftlichen Leben. Sie sind für gute Freizeitgestaltung ebenso wichtig wie die Heimabende, die Osterfahrten der Jugend im Banne der Jugendgruppe und der Jugendgemeinschaft. al.

**Rationalisierung erfordert  
erhöhtes Mitbestimmungsrecht  
in den Betrieben**  
Deshalb darf in keinem wahlberechtigten Betriebe die Wahl einer Betriebsvertretung unterbleiben

# Stimmen aus Kollegenkreisen

## Zur Betriebsratwahl!

1. Kollegen, nun schließt die Reihen, Kollegen aufgepaßt! Diese werben um deine Stimme. Viele Organisationen preisen dir den richtigen Mann. Du fragst, welcher einer dich wohl am besten vertreten kann?

Hör zu: Da sind vor allem Nationalfaschisten und Werksgardisten, die vom Speichel des Chefs ihr Leben fristen, nur mit den Knien schlottern und zu allem — Ja — und — Amen — stottern. Solche Vertreter mußt du dir wählen: „Dann wirst du von deinen Rechten bald keine mehr zählen.“

2. Auch tritt an dich der „Geiße“, in Verbrüderung mit dem „Reichsverband!“ Kollege aufgepaßt, sonst die Finger verbrannt! Wie sieht's aber aus mit ihren Taten? Die bei dir so laut, und beim Chef — ach so leise — traten, die nur auf die Verbandsvertreter picken, Kollegen! „Diese Sorte jagt dir deine letzten Rechte in die Wicken.“

3. Es betteln um deine Stimme oh — oh, von den Schlechtesten die — Besten der RGO, die dir in starken Worten vorsingen, wie manchen bösen Unternehmer sie schon verschlungen; und wie sie noch werden, wenn sie erst richtig aus Ruder kommen! Wie oft — Kollege — hast du die Botschaft vernommen? — Diesen Brüdern mußt du glauben. „Dann wird man dir bald die letzten Rechte rauben.“

4. Auf Kollegen! Nun Hand in Hand tretet ein für die Kandidaten vom Gesamt-Verband! Haltet Kopf hoch und klar die Stirn! Weiset ab alles falsche Gewürm! „Dann gibt's nicht nur Herren und Knechte, sondern neben Pflichten auch Rechte!“  
Ernst Duda, Tel.-Arb., Neurode i. Schl.

## März-Gesang

Des Winters letzte Müdigkeit und graues Gähnen  
schmilzt mit der warmen Sonne ersten Strahlen,  
und aus den schweren schwarzen Adertrumen  
kühlt neugiervoll schon mancher Palm  
zum Licht.

Die Flüsse schwellen stark und wälzen  
durch Brückenbogen rauschend ihre Macht,  
die Lerche schraubt sich hoch zum blauen Himmel  
und alle Leute gehen wärmehegernd  
in die Sonne.

Die Menschen werden gütiger und lächeln wieder,  
die Straßen sind vergaubert und die Häuser:  
durch manche Worte schwingt ein heller Ton,  
und selbst dem Bettler ist das Leben wieder  
leichter.

Ein guter Aufruhr ist in jeder Kreatur:  
mit neuen Säften wächst die neue Kraft,  
gewaltig spannt die Sehnsucht ihre Schwingen  
zum großen Freiheitsziel, zum Glück  
im März.

Kurt Offenburg.

# Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Schärferes Vorgehen gegen das politische Rowdytum wird von der Polizei durchgeführt. Viele Naziredner haben Redeverbote erhalten. — Versammlungen erfahren schärfere Bewachung. — In Berlin herrscht vollständiges Demonstrationsverbot. — Der Reichstag fordert Vorlage eines Gesetzes, das die Möglichkeit bietet, Aufforderungen zum politischen Mord wirksamer zu bekämpfen. — Reichsinnenminister Wirth hielt Besprechung mit den Polizeiministern der größeren Länder wegen Maßnahmen gegen die Mordhexe.

Der ehemalige Reichswehrleutnant Scheringer, dem vor dem Reichsgericht der Prozeß gemacht worden war wegen nationalsozialistischer Betätigung in der Reichswehr, ist zur RPD. übergetreten. In seiner Uebertrittserklärung wirft er den Nazis vor: 1. Die Nationalsozialisten haben sich im Laufe der letzten Monate eindeutig vom Sozialismus losgesagt. 2. Sie haben das Privateigentum heilig gesprochen. 3. Sie haben bei innerpolitischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen die Interessen der Kapitalisten gegen die Interessen des Proletariats vertreten. 4. Sie haben keinem Kapitalisten ein Haar getrümmt, aber den Terror gegen das Proletariat organisiert. 5. Sie haben gegen die Zerreißung des Young-Planes gestimmt. 6. Sie haben die Verschuldung Deutschlands an das internationale Finanzkapital anerkannt. 7. Sie haben den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund verhindert. 8. Sie haben sich mit dem Stützgeneralen ins Einbernehmen gesetzt. 9. Sie haben innershalb der eigenen Reihe einen Byzantinismus hochgezüchtet, der zum Himmel stinkt. — Die Parteiführung hat dadurch ihren reaktionären Charakter eindeutig bewiesen. Der Verrat ist offenbar.“

Parlamentsflucht der Nazis auch in Thüringen und Bremen. In Thüringen leben die Nazis mit ihren Koalitions-genossen von der DVP. in Fehde. Im Pauschalausschuß des Landtags stimmen nun die Volksparteier mit den Oppositionsparteien in Fragen der Kulturpolitik gegen die Regierung. Darauf verließen die Nazis die Sitzung, ohne bisher dorthin zurückgekehrt zu sein. — In der Bremer Bürger-schaft hatten die Nazis schwere Beschimpfungen des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert begangen. Als sie die Beschimpfungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen sollten, verließ der den Nazis angehörende Präsident Derrhard mit seiner Fraktion die Sitzung.

## Aus unserer Bewegung

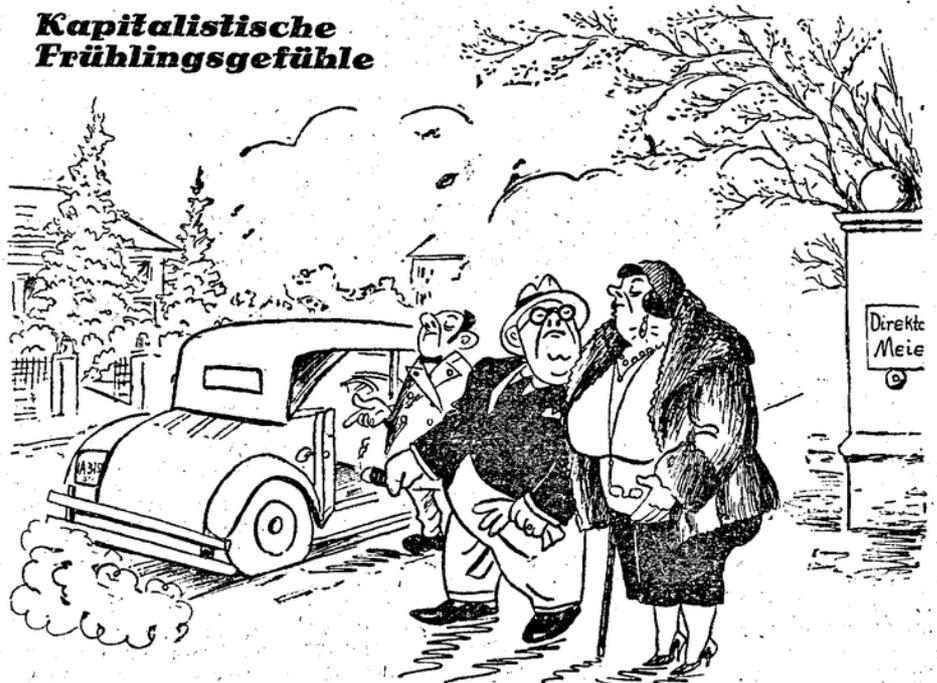
**Freiburg.** Die Ortsverwaltung veranstaltete am 21. und 23. Februar einen Kursus über „Betriebsräterecht“. Unser Verbandskollege, Referendar Werner Weigelt, verstand es in vorzüglicher Weise, die teilnehmenden Sektionsleiter und Betriebsratsmitglieder des Gesamt-Derbandes in das geltende Recht einzuführen. Ausgehend von dem Aufbau und der Wahl der Betriebsvertretungen stellte der Vortragende die Organisation des Betriebsrates und der Gruppenräte (Arbeiter- und Angestelltenräte) dar. Besonders klar wurden die Aufgaben der Betriebsvertretungen und ihre Rechte und Pflichten herausgearbeitet, indem der Redner scharf gliederte in sozialpolitische, wirtschaftspolitische Aufgaben und Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern. Abschließend wurde noch auf den Tätigkeitskreis und die Wahl des Betriebsobmannes eingegangen. Ebenso beschäftigte sich der Referent mit den vielfachen Mängeln des geltenden Betriebsräterechtes und gab Fingerzeige zur Verbesserung. Alles in allem zwei sehr wertvolle Abende, die der für alle Gewerkschaftler so wichtigen Schulung in juristischen Fragen dienten. Erfreulich war auch die große Teilnehmerzahl.

**Leipzig.** In der Generalversammlung am 17. März erstattete Kollege B i a c h den Geschäftsbericht. Geführt wurden 10 Angriffsbewegungen ohne Streik, 1 Angriffstreik und 11 Abwehrbewegungen ohne Streik. Sieben Angriffsbewegungen und der Angriffstreik endeten erfolgreich. Die elf Abwehrbewegungen konnten sämtlich mit teilweisem Erfolg beendet werden. In allen Fällen gelang es, den von den Unternehmern geplanten Lohnabbau ganz oder teilweise abzuwenden. Der geplante Lohnabbau betrug pro Woche 36 000 Mk., durchgeführt wurde er aber in Höhe von 4600 Mk. überhaupt nicht, und nur mit 9000 Mk. statt der übrigen beantragten 31 400 Mk. An den Lohnkämpfen waren 17 000 Verbandsmitglieder beteiligt. Neben der kollektiven Wahrnehmung vor allem der lohnpolitischen Interessen spielt die Einzelinteressenvertretung eine wichtige Rolle. Rechtschutz in Strafsachen aus dem Verkehrsleben wurde in 685 Fällen gewährt, davon konnten 610 Fälle erledigt werden, und zwar mit vollem Erfolg 107, mit Teilerfolg 181, ohne Erfolg 78. In 225 Fällen wurden die Verkehrsstrafen vom Verband übernommen. Mit der Bearbeitung der vorstehenden Fälle sind ein Rechtsanwalt und ein Rechtsbeistand ständig betraut. Arbeitsstreitigkeiten wurden in 362 Fällen durchgefochten, davon 11 Berufungen und 3 Revisionen. 712 Termine wurden bei den Arbeitsgerichten durch die Angestellten des Verbandes wahrgenommen. Erzielt wurden 242 Vergleiche, 92 Urteile, davon 25 zuungunsten und 28 Sachen endeten unentschieden. Erstritten wurden insgesamt 27 700 Mk. Ferner wurden am Mietgericht 143 Termine und am Amts- und Landgericht 31 Termine wahrgenommen. Am 31. Dezember 1929 wurden 2415 und am 31. Dezember 1930 insgesamt 7089 Arbeitslose gezählt. Am Jahresschluß 1930 gab es 21 164 Mitglieder. — Einer Einnahme von 1 233 440,17 Mark stehen Ausgaben in Höhe von 1 030 440,96 Mk. gegenüber. Der Kassenbestand beträgt am Jahresschluß 202 999,21 Mk. Unter den Ausgaben fallen die hohen Beträge für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung (203 000 Mk.) und eine Weihnachtsbeihilfe (41 000 Mark) ins Gewicht. — Ortsverwaltung und Revisoren wurden einstimmig wiedergewählt. — Der Höhepunkt der Generalversammlung war der Vortrag des italienischen Genossen Mario Corisi über „Der Faschismus in Italien“. Das war nicht nur ein tieferschütternder Bericht von den Leiden der italienischen Arbeiterklasse, sondern zugleich auch ein glänzender Anschauungsunterricht. Wehe der deutschen Arbeiterklasse, wenn sie sich nicht aufrafft zu Geschlossenheit und zielstrebigerem wohlüberdachtem Handeln, um die nationalsozialistische Flut in Deutschland zu überwinden. In harten Kämpfen hatten die italienischen Gewerkschaften ihre Anerkennung errungen. Doch die sich überstürzenden Ereignisse noch während des und nach dem Kriege hörten die Entwicklung gewaltig. Die syndikalistischen, anarchistischen und

boltschewistischen Elemente benutzten den ungeheuren Zustrom völlig ungeschulter Massen zu Exzessen und Putsch und boten somit dem Kapitalismus günstige Vorwände, um mit den brutalsten Mitteln gegen die Arbeiterchaft vorzugehen. Dieser Zeitpunkt war für den ehrgeizigen und rachedürstigen Renegaten Mussolini, der nach Abschluß des Krieges vollkommen isoliert war, der gebene, um alle deklassierten, entwurzelten, verwahrlosten und destruktiven Elemente um sich zu scharen und sich mit ihnen dem Kapitalismus gegen klingende Münze als Schutzgarde zu verschreiben. Die Charakterlosigkeit des Bürgertums trägt die Mitschuld an dem grauenhaften Verbrechen, das in der Folge an der italienischen Arbeiterchaft verübt wurde. Freiheit und Demokratie sind verschwunden, die Arbeiterchaft ist wirtschaftlich und politisch geknebelt, kulturell entmündigt. Italien ist ein Friedhof und steht vor dem vollständigen Ruin. Das sind die Auswirkungen der faschistischen Diktatur. Genosse Corisi schloß mit der Aufforderung, Freiheit und Demokratie mit aller Kraft zu verteidigen, denn erst wenn sie verloren sind, werde man sich ihrer hohen Bedeutung bewußt. — Mit atemloser Spannung folgten die Versammelten dem Redner und dankten mit lebhaftem Beifall. — Die wichtige Kundgebung endete mit Annahme der nachstehenden Entschliebung:

„Die im Laufe der Entwicklung an die Oberfläche gehobenen Kapitalmächte erstreben die konkurrenzfreie und risikolose Wirtschaft. Hierzu dienen tariftmäßige Bindungen, Konzentration, Vertikalisierung und Ausschaltung der fremdländischen Konkurrenz durch Zölle. Dazu fordern sie die Privatisierung der öffentlichen Betriebe, die allein bisher der Privatwirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit wirksam Konkurrenz bieten konnten. Dabei sind die Kapitalmächte weit davon entfernt, eine bestmögliche Versorgung der Gesellschaft zu garantieren, ja nicht einmal in Aussicht stellen zu können. — Im Gegenteil. Die Erstarrung im Wirtschaftsleben, unter dem Prinzip der Profitficherung und das Festhalten an gebundenen Preisen verteuert die Lebenshaltung der Massen, hebt Millionen Arbeitskräfte frei und drückt weitere Millionen ins Proletariat hinab. Massenarbeitslosigkeit und Verarmung großer Teile des Mittelstandes werden Dauererscheinungen. — Diese Rolle benutzen die kapitalistischen Unternehmer zu einem Generalangriff auf die Erzeugnisse der Arbeiterbewegung. Ihr Kampf gilt der „übertriebenen Sozialpolitik“, den „hohen Löhnen“, wie überhaupt den tarifgebundenen Arbeitsbedingungen. Wirtschaftliche und politische Profitficherung für das Kapital, unbegrenzte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und freie Ausbeutung der Arbeitskraft sind das Ziel. — Die nationalsozialistische Bewegung hat sich in dieser Situation zu einer vom Unternehmertum gehegten und gepflegten Schutzgarde des Kapitalismus entwickelt. Ihr Kampf gilt in erster Linie der republikanisch gesinnten, freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiterchaft. Schwächung oder gar Zerstörung der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei bedeuten für den Kapitalismus ungehinderte Ausbeutungsmöglichkeit. Somit wirkt der Faschismus als Feind der Demokratie und des Sozialismus, als Förderer kapitalistischer Ausbeutung und politischer Entrechtung. Er ist der Todfeind der Arbeiterklasse. — Unterstützt werden Kapitalismus und Faschismus von der kommunistischen Partei, die planmäßig in den freien Gewerkschaften zur Spaltung hebt

## Kapitalistische Frühlingsgefühle



Je mehr du die Löhne drücken kannst,  
um so besser fällt unsere Frühjahrsreise aus!

und einzig und allein gegen die Sozialdemokratische Partei agitiert. — Sie macht sich mitschuldig an dem kapitalistischen und faschistischen Verbrechen an der Arbeiterschaft. — Nur die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, in Gemeinschaft mit der republikanischen Schutzorganisation, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, haben sich bislang als einzig wirksame Schutzpositionen für die Arbeiterschaft erwiesen. Sie allein führen zielbewußt den Kampf gegen den Kapitalismus und seine faschistische Hilfstruppe. — Darum fordern wir alle in den öffentlichen Betrieben, im Personen- und Warenverkehr tätigen Arbeitnehmer auf, sich einzureihen in die Scharen der republikanisch gesinnten freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeitnehmerschaft und mit uns zu kämpfen

gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen politische Entrechtung, gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Sozialpolitik, gegen Diktatur und Faschismus — für Demokratie und Freiheit, für wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung, für die Erhaltung der öffentlichen Betriebe, für vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Einein in den Gesamt-Verband! Einein in die Sozialdemokratische Partei! Einein in das Reichsbanner!"

**Bad Nauheim.** In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 8. März schilderte der Vorsitzende wie die Verhältnisse heute liegen. Unter der Arbeiterschaft muß politisch wie gewerkschaftlich unbedingt Aufklärung geschaffen werden. Wie notwendig dies ist, beweist die Tatsache, daß Kollegen auf ihre eigene Organisation schimpfen und zur Betriebsrätewahl eine Liste aufgestellt haben gemeinsam mit Unorganisierten unter der Bezeichnung „Rote Liste“. Kollege Büttner bedauerte dies und hofft, daß die Kollegen sich besinnen und von der „Roten Liste“ zurücktreten, andernfalls sie mit dem Ausschluß aus unserem Verbande zu rechnen haben. — Kollege Dergens, Frankfurt a. M., referierte dann über den Werdegang der Gewerkschaften von Anbeginn bis zum Kriegsausbruch und über die Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege bis jetzt. Er schilderte in fesselnder Weise, was es früher bedeutete, organisiert zu sein und was unsere Vorkämpfer alles erduldet haben, trotzdem aber den Mut nicht sinken ließen. Dieser Geist fehlt heutzutage und ist mit schuldig an den jetzigen verworrenen Zuständen. Dann kam Kollege Dergens auf die Verhältnisse nach dem Kriege zu sprechen, wobei er in scharfen Worten die Zersplitterungsversuche der RGO. und der Nazis geißelte und den Kollegen das wahre Gesicht dieser Parteien vor Augen führte. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte der Referent auf, fest in der Organisation zusammenzuhalten, damit wir jederzeit schlagfertig all diese Manöver abschlagen können. — Kollege Büttner erstattete dann Bericht über die Lohnverhandlung in Marburg am 5. März. Es erfolgt ein Lohnabbau von 2 bis 5 Pf. pro Stunde bei 48stündiger Arbeitswoche. Die freie Vereinbarung läuft bis 30. September. Tritt Arbeitszeitverkürzung ein, dann wird erneut über den Lohnsatz verhandelt. In der Diskussion sprachen die Kollegen Ludwig und Stamm. Es konnte festgestellt werden, daß alle Kollegen darin einig waren, daß man mit diesem Ergebnis zufrieden sein kann, aber darauf hingewirkt werden soll, daß eine weitere Einnahmeverkürzung unbedingt unterbleiben muß, um lebensfähig zu bleiben. Es muß dem Arbeitgeberverband klargemacht werden, daß die Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter am niedrigsten sind und mit dem allgemeinen üblichen Abbau nicht gleichgestellt werden können. Unter „Verschiedenes“ wurde noch über die „Rote Liste“ gesprochen und über etwaigen Ausschluß der betreffenden Kollegen. Kollege Büttner und Dergens gaben die gewünschte Auskunft.

**Oldenburg i. O.** In der Generalversammlung am 22. Februar begrüßte Kollege Rabe die Verbandsjubilare und deren Frauen. Alsdann gab Kollege Flaß den Geschäfts- und Kassenbericht. Er betonte, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage die Ortsgruppe fest gut gehalten habe. An die Hauptkassa wurden abgeführt: rund 15 000 Mk. in bar und 12 000 Mk. in Belegen. Die Lohn- und Tarifbewegungen wurden zugunsten der betreffenden Kollegen durchgeführt. Die Arbeit brachte die Vertretung der Kollegen vor dem Arbeitsgericht und dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes. Fast sämtliche Klagen wurden zugunsten der Kollegen durchgeführt. — Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Zur Ehrung der Jubilare hielt Kollege Tesch, Bremen, die Festrede. Im Laufe des letzten Jahres konnten wieder 10 Kollegen auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken.

**Plauen i. D.** Die Ortsverwaltung veranstaltete am 14. März einen Bildungsabend. Der Saal des Gewerkschaftshauses war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach dem Vortrag mehrerer Konzertstücke hielt Kollege Miersch, Dresden, einen Lichtbildervortrag über: „Eine selbst erlebte Seereise von Hamburg nach Ostasien“. Er zeigte 140 Bilder, deren Farbenpracht alles Erwartete übertraf. Tropische Landschaften, Meeresstimmungsbilder, Mondnächte auf See, Meeresleuchten, ruhige und stürmische See, verschiedene Volkstypen usw. usw. Aber auch Elendsbilder des überseeischen Proletariats fehlten nicht. So wechselten in einem fort Naturschönheiten und Wüsten, Reichtum und Armut, Paläste für verstorbene und elende Hütten für lebende Menschen. Man konnte sogar sehen, wie Häuser verhungertes Proletariat verbrannt wurden. — Der Gesangverein der Postbeamtenkollegen trug dann noch einige Lieder vor. Alle Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

**Verwaltungs-Gesellschaft Deutscher Gewerkschaftshäuser AG.** Unter dieser Firma erfolgte am 24. Februar die Gründung einer Holdinggesellschaft, deren Zweck die Zusammenfassung der vorhandenen Gewerkschaftshäuser ist. Das Gründungskapital in Höhe von 50 000 Mk. wurde vom Vorstand des ADGB. übernommen und voll eingezahlt. Auf Beschluß der Gründerversammlung sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt die Kollegen Ernst Schulze und Dr. Hans Arons. Der erste Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, und zwar Theodor Leipart (Berlin), Dr. Badem (Berlin), Ernst Sprung (Berlin), Friß Rasch (Breslau), Carl Widakin (Leipzig), Alfred Hennig (Altenburg), Ernst Pickerob (Hannover), August Hein (Hamburg) und Gustav Schiefer (München).

## RUNDSCHAU

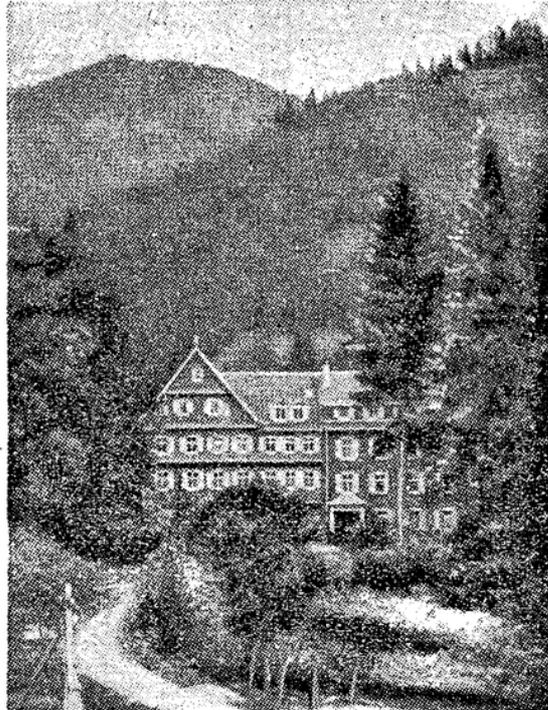
**Kampf mit Gelben und Nazis in Potsdam.** Gelbe und Nazis in trauem Verein sind ausgezogen, den Drachen Freie Gewerkschaften zu töten. Dazu hatten sie sich einen leibhaftigen Reichstagsabgeordneten der Deutschnationalen Partei geholt, der sich als Vorsitzender des Reichsbundes deutscher Arbeiter bezeichnete und den Namen Wiedemann trägt. Der Mann hielt einen Vortrag. Gelben wir nicht darauf ein! Er bezeichnete sich selbst als „Holzkopf“, was ihm von seiten unserer Kollegen stürmischen Beifall einbrachte. Wir wünschen den Deutschnationalen noch ein Duzend solcher „Holzköpfe“, die in unseren Versammlungen auftreten, und unseren Kollegen wird gezeigt, mit wie wenig Verstand im kaiserlichen Deutschland regiert wurde. Daß die Sozialdemokratie natürlich mit den gemeinsten Mitteln bekämpft wurde, ist selbstverständlich. Kollege Schmezer bezeichnete die Gelben als Verräter an den Arbeitern und schilderte den Entwicklungsgang der gelben Bewegung, die in Frankreich, England und Deutschland mit Unternehmerrgeld gegründet wurde. Es trifft auch heute noch zu, was Graf Bothmer im April 1907 über die Gelben sagte, nämlich: die Reichsverbändler seien gar nicht in der Lage, mit ehrlichen Waffen zu kämpfen; der Reichsverband sei das niedrigste, armeligste und erbärmlichste Gebilde, das in Deutschland bestände. Das gilt noch heute und muß nur noch auf die Nazis übertragen werden. — Durch die ausgezeichneten Ausführungen unserer Kollegen Böhm und Arndt wurde diesem Reichstagsabgeordneten gezeigt, daß er noch viel lernen könnte, wenn er das Zeug dazu hätte. — Ihren Höhepunkt erreichte die Versammlung, als ein Hakenkreuzler das Wort nahm. Keine drei Sätze konnte der Vertreter der Mörderpartei sprechen. Kollege Schmezer brachte zum Ausdruck, daß wir es unter unserer Würde hielten, die Rednerungen mit anzuhören, und brachte ein Hoch auf die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie aus, in das unsere Kollegen begeistert einstimmten. — Das Ueberfallkommando, das die Gelben telefonisch herbeigerufen hatten, brauchte dank der Disziplin unserer Kollegen nicht in Tätigkeit zu treten.

**Das schleichende Gift der Werkszeitungen.** Die Zahl der Werkszeitungen wächst trotz Verschlechterung der Wirtschaftslage. In gewaltigen Auflagen werden sie gedruckt und verbreitet. Nach einem Artikel der Bergwerks-Zeitung Nr. 14 gehört die Erhaltung dieser Presse zu den ersten Sorgen der Industrie. „Sie ist ja ein unersetzliches Verteidigungsmittel in ihrem Kampf ums Dasein, ebenso unentbehrlich, wie dem Schiffer sein Ruder, das er auch in Seenot nicht als Ballast über Bord wirft.“ Diese Worte besagen genug. Doch hören wir weiter: „Unvermerkt wehen sie ein Band, das alle im Werk umschließt, fördern sie Arbeitsfreude und Berufsstolz und begegnen damit der Gefahr einer Entpersonalisierung, der Abstumpfung und der Verfassung. Natürlich können sie nicht mit einem Male die Scheidewände niederlegen, die Irrlehren und Vorurteile in Degennien aufgeführt haben, aber unermüdlich und unverdrossen klopfen sie dagegen, schlagen ein Loch nach dem anderen. Es ist kluge beharrliche Arbeit auf lange Sicht, die sie in liebevoller Hingabe leisten und die von feinstem psychologischen Verständnis zeugt; sie wäre nicht möglich ohne eine zentrale Leitung, die das gesamte Erfahrungsmaterial überblickt und es zum Nutzen der einzelnen Blätter auswertet. So dienen die Werkszeitungen zugleich den Arbeitnehmern und den Unternehmern unter dem verbindenden Gedanken der Werks- und Volksgemeinschaft, und das ist es, was ihnen ihre eigenartige Bedeutung verleiht. Man kann getrost behaupten, daß heute ein industrielles Großunternehmen ohne Werkszeitung kaum mehr vorstellbar ist.“ Es ist nicht notwendig, diesen Worten Erläuterungen beizufügen. Eine große Gefahr sind die Werkszeitungen und können es noch mehr werden. Man suche die Weiterverbreitung dieses Schleichgiftes zu hindern, wo man auch nur dazu in der Lage ist. Die Gewerkschaften müssen den Werkszeitungen dieselbe Bedeutung beimessen wie die Unternehmer. Denn gegen die Gewerkschaften wurden sie in erster Linie geschaffen.

## Unser Ferienheim Bad Sulzbach

Als Ferien- und Erholungsheim kommt für unsere Kollegen besonders das dem Gesamt-Verband gehörige, im mittleren Schwarzwald herrlich gelegene Ferienheim Bad Sulzbach in Betracht. Es liegt in einem nach Südwesten offenen Seitental des Renchtals. Von beiden Seiten umschließen es 600 Meter hohe Berge. Saftige Wiesen mit Obstbäumen umgeben die Gebäude und dichte Laub- und Tannenwälder bekränzen die umliegenden Höhen. Das Heim bietet als Ausgangspunkt Gelegenheit für kleinere Spaziergänge wie für größere Ausflüge zu Fuß und im Gesellschaftsauto in die Herrlichkeiten des Schwarzwaldes. Erwähnt seien die großartigen Wasserfälle bei Allerheiligen, der Kniebis, die 1200 Meter hohe Hornisgrinde mit Mummelsee und der Feldberg bei Freiburg. Den Besuchern des Heims ist auch die Möglichkeit geboten, die Städte Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg i. Br., Straßburg i. Elsaß und Freudenstadt in Württemberg (Murgtal) mit geringen Kosten zu besuchen. (Daß für Straßburg nicht vergessen.) — Die Gebäude in Sulzbach liegen am Ursprung einer Quelle, die durch ihre Zusammensetzung unter jene Mineralquellen gehört, die durch ihre therapeutische Eigenschaft den Wildbädern und durch ihre Zusammensetzung, besonders ihrem Salzgehalt den Kochsalzthermen nahesteht (Schlangenbad in Baden-Baden). Das Wasser enthält außerdem doppeltkohlensaures Natrium, kohlensäure alkalische Erden, schwefelsaure Salze, Chlorkalien und Kohlensäure. Es eignet sich sehr gut zu Trinkkuren. Die Gebäude in Bad Sulzbach sind im Jahre 1929 und 1930 vollständig renoviert und erweitert worden. Sie umfassen 70 Zimmer mit 85 Betten. Neu errichtet ist außerdem ein herrliches Jugendheim

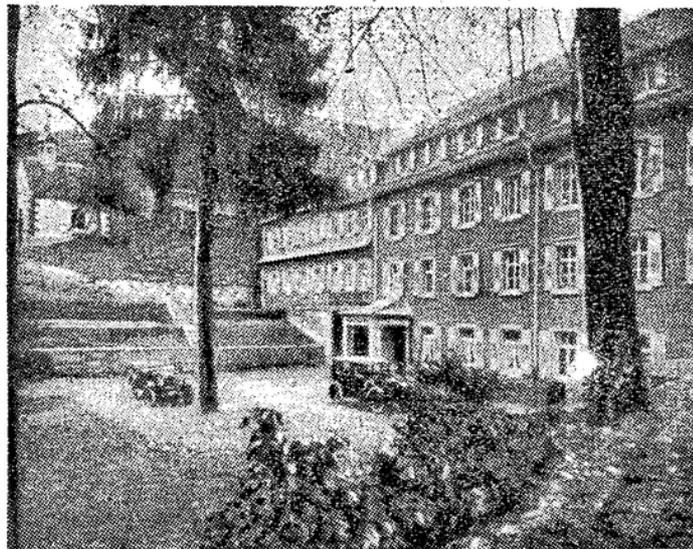
vielen Kollegen durch seine Tätigkeit im Volkshaus Mannheim und zuletzt im Gewerkschaftshaus in Heidelberg bekannt. — So hat sich der Verband bemüht, an einem herrlichen Stück Erde eine Stätte zu schaffen, die allen unseren Mitgliedern Gelegenheit zur Erholung und Stärkung von Körper und Geist geben soll. Schade, daß die hohen Fahrkosten besonders für unsere norddeutschen Kollegen eine starke Hemmung zur Erreichung dieses Zieles darstellen. Etwas zur Erleichterung können unsere Kollegen wohl beitragen, z. B. durch Schaffung von Einrichtungen, das Fahrgeld in kleineren Raten nach und nach auszubringen und durch Veranstaltung von Gesellschaftsfahrten auf der Eisenbahn (mindestens 20 Personen). Die nächste an der großen Verkehrsstraße Frankfurt a. M.—Basel gelegene Hauptstation ist Appenweier, zwischen Baden-Baden und Offenburg gelegen. Von dort führt das Postauto oder die Renchtalbahn nach Station Hubacker. In Hubacker steht das Auto des Heims nach vorheriger Verständigung gegen geringe Vergütung zur Verfügung. — Der Preis pro Zimmer und Verpflegung 4,50 Mk. pro Tag. Für Kinder unter 14 Jahren werden je nach Alter besondere Vereinbarungen getroffen. Der Preis für Uebernachten in der Jugendherberge beträgt bis zu 18 Jahren 50 Pf. Für das Uebernachten in der Jugendherberge besteht Schlafszwang.



Bad Sulzbach in Baden

Eventuell können Schlafsäcke gegen eine Leihgebühr von 20 Pf. zur Verfügung gestellt werden. So besitzt hier der Gesamt-Verband ein Ferienheim, das allen Anforderungen der erholungsuchenden Kollegenschaft in weitest gehender Weise entspricht. Da es bereits im Jahre 1929 vom früheren Verbands der Gemeinde- und Staats-

arbeiter erworben wurde, also schon nahezu zwei Jahre im Betrieb ist, dürfte es vielen Kollegen, die dort gewohnt haben, bekannt sein. Wir hoffen, daß auch diese es den Verbandsmitgliedern zum Ferientaufenthalt empfehlen, die in der Lage sind, sich einen Urlaub fern von der eigenen Behausung zu gönnen, so daß zu hoffen ist, daß unser Ferienheim Bad Sulzbach sich auch im Jahre 1931 wieder eines guten Besuchs erfreut. — Weitest gehende Auskunft über diese und alle damit in Zusammenhang stehenden Fragen erteilt auf Anfrage der Verwalter Albert Häuser, Bad Sulzbach, Post Sautenbach im Renchtal, Baden.



Kurhaushotel

Auch der Eichenwald ist Gemeinschaft. Stolz und stark und frei ist jeder einzelne Baum, und doch rauchen sie alle zusammen ein Lebenslied, das Lied der gemeinsamen Kraft und des einen siegenden Lebens.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Mischelstraße 10  
 Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schäfersche Straße 42